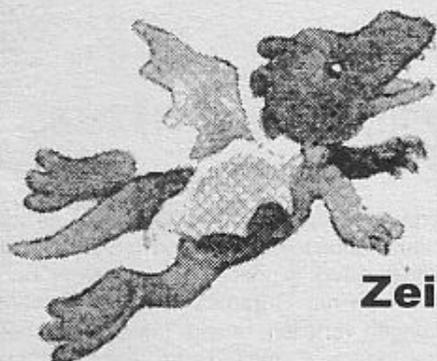


50/4



Kostenlos!

Ausgabe 13

Frühjahr 1999

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität



zur Integration

[in den Abschiebeknast]

gegen

DOPPELSTAATSBÜRGERSCHAFT

[CDU]

Inhalt

Adieu F. Prinz!

Adieu F. Prinz Langjähriger Redakteur verläßt tacheles	2
Polarisieren oder Integrieren? Zur Debatte über die Doppelte Staatsbürgerschaft	3
Presseerklärung der Aktion Doppelpaß zur Unterschriften- kampagne der Union	4
Die Ambivalenz der Doppelten Staatsbürgerschaft Warum die Doppelte Staatsbürgerschaft als Forderung nicht ausreicht	5
Alles kriminell? CDU-Anfrage und ST-Artikel zur Abschiebung kriminalisieren Flüchtlinge	6
Was sonst noch in Solingen geschah - Ein subjektiver Rückblick	7
Die vergiftete Stadt Kontrolle statt Angebote in der Jugendarbeit	8-9
Fahrrad in Solingen - Rad- novelle setzt sich nicht durch	10-11
Wer sich nicht wehrt... Abzockerei an einer Solinger Tankstelle	12
hexenblatt: Frauentag 1999 Was bewegt sich noch in der Frauenbewegung?	13
kein Mensch ist illegal - Wanderkirchenasyl vor dem Aus?	14-15
Verhaftet in Kurdistan Ein Reisebericht	16
Chiapas - Versuch einer demokratischen Revolution	17-18
Fusionieren? Verkaufen? Über die Zukunft der Stadtwerke	19-20
Solingen und die Kultur Die Anfänge des Kommuni- kationszentrums	21-22
Was wird aus dem Solinger Kommunalen Kino?	22



Du liebe Leserin und lieber Leser weißt oft gar nicht, ja ahnst nicht einmal mit welch einem Kraftakt, Streß, Spaß, Zank, Hunger, Ärger, Durst, interessanten Gesprächen und sinnlosen Diskussionen die Geburt einer jeden tacheles verbunden ist. Unser klitzekleines Redaktionsteam ist nun mal nicht hauptberuflich mit Zeitungsmachen beschäftigt, sondern studiert, wiegt Babies in den Schlaf, räumt Regale im Supermarkt ein und vieles alltägliche mehr. Wir sind also genauso wie Du, Teil dieser Welt!

Unser eh schon geschwächtes Team hat nun einen weiteren schweren Verlust zu verkraften. Unser langjähriger und treuer Mitarbeiter F. Prinz, einigen besser bekannt unter "Ignatz Wrobel", (war zeitweise für die Sparte 'Neue Innerlichkeit' verantwortlich), hat Solingen und damit auch der tacheles den Rücken zugekehrt. Das besonders Tragische dabei ist nicht nur, daß wir Pizza und Bier nun immer selbst holen müssen, sondern vor allem die Tatsache, daß F. Prinz nun in der Bischofsstadt Aachen katholische Religion (!) unterrichtet. Darüber hinaus hinterließ er uns in seiner Eigenschaft als Kassenwart einen riesigen Berg an Finanzkram, durch den sich nun unser jüngstes Redaktionsmitglied wühlen darf.

Niemand wird F. Prinz in Zukunft ersetzen können, aber um auf Dauer weiterhin regelmäßig und vielleicht sogar öfter erscheinen zu können, benötigen wir dennoch dringend Verstärkung. Gesucht sind deshalb politisch gebildete, belastbare, nervenstarke und jeder-

zeit und überall einsetzbare Menschen, die außerdem fantasievoll sind und fehlerfrei und ausdrucksstark schreiben können. Oder seid ihr einfach nur Organisationstalente, wollt Zeitungen verteilen, unsere Internetseite betreuen helfen, Comics malen, Anzeigen besorgen oder Kuchen backen? JedeR ist willkommen. Wenn Du über diese Eigenschaften verfügst (oder über ein winziges bisschen davon...) solltest Du Dich unbedingt bei uns melden.

Kontakt: tacheles c/o Frauencafé Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, e-mail: tacheles-Solingen@wtal.de oder Fax 17198

Daß unsere Anstrengungen diese Zeitung herauszubringen weiterhin bitter nötig sind, zeigen wieder einmal die Ereignisse der letzten Monate. Nachdem die Partei mit dem besonders großen C ihre rassistische und diffamierende Kampagne gegen AusländerInnen startete, wurde in Guben ein Algerier von glatt-rasierten Deutschen zu Tode gehetzt. Dies läßt uns an den traurigen Beginn unseres Zeitungsprojektes vor 5 1/2 Jahren zurückdenken. Als im Jahre '93 das Recht auf Asyl in unserem Lande abgeschafft wurde, sahen sich einige Menschen dadurch aufgemuntert, ein Haus mit "ausländischen" Solinger MitbürgerInnen anzuzünden - wie sich die Bilder doch gleichen. Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe ist daher mal wieder die Behandlung unserer ausländischen MitbürgerInnen in unserem Land. Trotz allem viel Spaß beim Lesen, eure tacheles!

Café

Stadtgeflüster

das etwas andere Café

**Snacks Frühstück
Kuchen
Pfannekuchen
Griechisches Gebäck
und vieles mehr...**

...zu super Preisen!

Hauptstraße 9 · 42651 Solingen · Telefon 0212/10568

Öffnungszeiten:

Mo. bis Sa 7.30 Uhr bis 22.00 Uhr,
So. & Feiertags 10.00 bis 21.00 Uhr

Polarisieren oder integrieren

Frank Knoche über die Diskussion um die Doppelte Staatsbürgerschaft

Herbert Hupka, der alte Vertriebenenfunktionär, bestätigt in einem Leserbrief in der "WELT" vom 23.1.1999, daß Dank der Politik der Kohl-Regierung seit der Wende 1989/90 bis heute 160.000 deutschstämmige Polen zusätzlich zur polnischen Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen hätten. Es wurde ihnen in Polen, "nach 1945 die fremde, die polnische Staatsbürgerschaft aufgezwungen und gleichzeitig die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt". Im Gegensatz zu den "Fremden hier" hätten "die Deutschen, die seit Jahrhunderten schon immer Deutsche waren" einen Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft. So weit, so gut. Was lernen wir, ganz im Sinne von Herrn Hupka (CDU) daraus? Es ist nicht richtig, Menschen, die in einem bestimmten Land leben, die Staatsbürgerschaft desselben aufzuzwingen und ihnen die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes ihrer Vorfahren abzuerkennen.

Die Frage ist nur, warum das nur für Deutsche gelten soll? Deutsche sind doch schließlich auch Menschen, auch wenn sie im Ausland Fremde sind. Und was heißt das überhaupt: deutsch sein, polnisch, türkisch, französisch, österreichisch oder schweizerisch sein? In den letzten Jahrhunderten wurden gerade in Europa, vor allem in Folge von Kriegen, die Menschen über den ganzen Kontinent getrieben und verteilt. Einige Tausend Nubier aus Afrika wurden im Schlepptau der Römer in Köln angesiedelt. Was sich an verschiedenen Nationalitäten in Deutschland während und nach dem Dreißigjährigen Krieg niedergelassen hat, würde bei entsprechender arisch orientierter Ahnenforschung zu peinlichen Erkenntnissen führen. Als die Türken von den vereinigten Armeen der Polen, Habsburger und Preußen vor Wien geschlagen wurden, verschlug es einige von ihnen sogar nach Bayern, wo sie sich über die Jahrhunderte mit den Bajuwaren vermischt. Wiedertäufer, Hugenotten und Juden aus allen möglichen Ländern suchten jenseits von Grenzen Schutz vor Vertreibung und Verfolgung. Die Glanzzeiten von Schalke 04 im deutschen Fußball wären ohne die polnischen

Bergarbeiter mit dem Buchstaben "i" am Namensende undenkbar. Und was ist mit den Sorben, die sich im Spreewald, den Dänen, welche sich in Schleswig niedergelassen haben?

Deutsche Einbürgerungsquote im Vergleich lächerlich

Aus gutem Grund haben Länder wie Frankreich, Großbritannien, Belgien und die Niederlande auf eine Entweder/Oder-Staatsbürgerschaft verzichtet und für ihre BürgerInnen, gegen den Widerstand der jeweiligen Nationalisten, die Mehrfach-Staatsbürgerschaft durchgesetzt. In den Niederlanden wurden deshalb zum Beispiel 1995 achtzehn Prozent der dort lebenden Türken eingebürgert. In Deutschland betrug die Einbürgerungsquote dieser Gruppe im Vergleich nur etwa 1,6 Prozent. Eine demokratische Gesellschaft kann auf Dauer nicht funktionieren, wenn große Bevölkerungsteile als BürgerInnen Zweiter Klasse behandelt werden. Wer seine Pflichten erfüllen, Steuern, Versicherungen, Rente und sonstige Abgaben zahlen soll, dem kann man nicht entscheidende politische Rechte, z.B. darüber mitzubestimmen, wie und wofür seine Steuergelder verwendet werden, vorenthalten.

In Deutschland leben 7,5 Millionen EinwanderInnen (ohne türkischstämmige Bayern, nubische Kölner, Sorben usw.). Ungefähr die Hälfte aller leben seit mehr als zehn Jahren hier. Dreißig Prozent davon sogar schon zwanzig Jahre, vierzig Prozent von ihnen seit mehr als fünfzehn Jahren. Jährlich werden ca. 100.000 Kinder, die keinen deutschen Paß erhalten hier geboren, die in der Mehrzahl hier aufwachsen, zur Schule gehen und arbeiten werden.

2 Millionen Doppelstaatler

Unter dem Eindruck dieser Realität erhöhte sich die Einbürgerungsquote von lediglich 0,3 Prozent im Jahre 1986 auf lächerliche 1,18 Prozent im Jahre 1996. Ebenso gibt es bereits mehr als 2 Millionen Doppelstaatler in Deutschland. Kinder aus binationalen Ehen gehören dazu, genauso wie AussiedlerInnen und SpätaussiedlerInnen zum Beispiel aus Russland, von denen die CDU/CSU nie verlangt hat, daß sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit ablegen müßten.



Foto: Frank Knoche

CDU-Stand am 20.2. in der Ohligser Fußgängerzone: Geistige Brandstifter bei der Arbeit

Ohne die grundsätzliche Aufhebung der Verpflichtung, bei Einbürgerung auf die bisherige Staatsbürgerschaft zu verzichten, wird es den notwendigen Schub in Richtung verstärkter Einbürgerung wohl kaum geben. Die Doppelte Staatsbürgerschaft ist zwar nicht das non plus ultra, aber ohne sie wird alles mehr oder weniger beim Alten bleiben. 

Die Reform...

des Staatsbürgerschaftsrechtes sieht im Kern vor, daß Kinder ausländischer Eltern mit der Geburt in der Bundesrepublik die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn ein Elternteil bereits hier geboren wurde oder als Minderjährige/r bis zum 14. Lebensjahr eingereist ist. Darüber hinaus soll die Einbürgerung dauerhaft bei uns lebender Menschen mit ausländischen Paß erleichtert werden. Auf die Verpflichtung zur Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft soll dabei verzichtet werden. Das würde für NRW bedeuten, daß 250 000 Kinder und zwei Drittel der hier lebenden MigrantInnen eingebürgert werden könnten.

☞ Auf alle Fälle wäre die Doppelte Staatsbürgerschaft jedoch die unbürokratischste Lösung. Das Gebot der Vermeidung von Mehrstaatlichkeit belastet die Einbürgerungsbehörden derart, daß allein Berlin einen Berg von 40 000 Einbürgerungsanträgen vor sich herschiebt. Immer wieder muß geprüft werden, ob der/die Antragstellende, oder die Behörden seines/ihrer Ursprungslandes die Aufgabe der Staatsangehörigkeit behindern.

Assimilation statt Integration

Laut CDU-Broschüre zur Unterschriftensammlung gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft bringt die Einbürgerung "zum Ausdruck, daß ein Ausländer die rechtlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland angenommen hat". Im Unterschriftentext heißt es dann auch: "Die Einbürgerung kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen." Ein türkischer Mensch muß also erst "rechtlich, sozial und kulturell" deutsch werden. Wer aber entscheidet was "deutsch sein" ist? Muß er statt Nazim Hikmets Gedichte die von Goethe lieben, statt Döner Kebab Eisbein mit Sauerkraut fressen, statt des Korans die Bibel lesen, um den Paß des Landes zu erhalten, an dessen Wesen die Welt genesen sollte?

Ein neuer Einwanderungstypus: Die Transmigration

Außerdem haben wir es heute mit einem anderen Typus von Migration zu tun, als wir das von den klassischen Einwanderungsländern wie Amerika und Australien her kennen. Auch hier läßt die Globalisierung grüßen. Immer mehr Menschen fühlen sich in verschiedenen Lebensabschnitten in unterschiedlichen Ländern wohl. Sie fühlen sich als TransmigrantInnen in dem Land ihrer Herkunft genauso zu Hause wie in dem Land ihrer Niederlassung. Warum auch sollte für Menschen verboten sein, was für transnationale Unternehmungen schon längst selbstverständlich ist? Aber auch für Deutsche wäre die Doppelte Staatsbürgerschaft attraktiv. Nicht nur für den Lebensabend im Süden, sondern auch für diejenigen, die auswandern wollen, falls es die CDU/CSU doch noch schaffen sollte, dieses Land mit ihrem provinziellen, deutschümlichen, reaktionären Mief zu ersticken.

Peter Altmaier, MdB (CDU), Jurist, schreibt in Blätter für deutsche und internationale Politik 2/99: "Weiter hört man, doppelte Staatsangehörigkeit führe zu doppelter Loyalität - obwohl Loyalität keinerlei juristische Kategorie ist und nichts mit dem Paß oder der Staatsangehörigkeit zu tun hat. Die allermeisten EinwanderInnen stehen auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit dem deutschen Staat wesentlich loyaler gegenüber, als z.B. - um den Vergleich von Stoiber aufzugreifen - die Terroristen der ehemaligen RAF (mit ausschließlich deutschem Paß)...."

Aktion Doppelpaß begleitete erste Straßen-Unterschriftensammlung der CDU

Presseerklärung

Am Vormittag des 20. Februar startete die CDU Solingen ihre mehrfach angekündigte und von Woche auf Woche verschobene öffentliche Unterschriftensammlung gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft in der Ohligser Fußgängerzone. Befürchtungen, daß mit dieser populistischen Aktion Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gefördert werden könnten, bestätigten sich vor Ort. Mitglieder der "Aktion Doppelpaß" begleiteten den CDU-Informationsstand mit einem Flugblatt, sowie Diskussionen mit und Fragen an die Menschen welche unterschreiben wollten bzw. bereits unterschrieben hatten. Die Männer und Frauen um ihren Parteichef Westkämper fühlten sich angesichts dieser kritischen Begleitung sichtlich unwohl und forderten, allerdings vergeblich, bei der Polizei die Einrichtung einer Banneile für Doppelpaß-BefürworterInnen.

Daß eine solche Unterschriftenaktion Erfolg haben würde, und daß nicht jedeR, der/die gegen eine Doppelte Staatsangehörigkeit unterschreibt, deshalb gleich rassistisch sein muß, war ebenfalls eine Erfahrung dieser ersten Unterschriftenaktion in Solingen.

Die Mischung aus Uninformiertheit, Hass, Dummheit und Sozialneid, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus welche, angeregt durch die christdemokratische Protestaktion, wie der "Geist aus der Flasche" herauskam war allerdings erschütternd. Hier einige Originalzitate von Deutschen, die ihre Unterschrift begründeten:

"Wir haben ja nichts mehr zu sagen im eigenen Land." - "Ausländer müssen alle raus. Gehen Sie mal Sonntags durch die Düsseldorfer Straße, dann wissen Sie warum." - "Auf Zusammenrottungen von Ausländern sollte man mit Wasserwerfern losgehen. Am besten täte man da noch was rein, damit die alle verrecken. Früher hat das auch gewirkt." - "Die Regierung will kriminellen Ausländern noch zum Dank dafür die deutsche Staatsbürgerschaft geben." - "Gegen die Gastarbeiter und deren Kinder hab ich doch nichts, aber bei den vielen Arbeitslosen können wir doch nicht noch den Asylanten die deutsche Staatsbürgerschaft geben." - "Es gibt nur eine Wahr-

heit und nur eine Staatsbürgerschaft." - "Ein Muslim paßt sich nie an. Ich kenne die. Ich war in Ägypten in Gefangenschaft." "Wer Deutscher werden will kann Deutscher werden. Da brauchen wir keine Doppelte Staatsbürgerschaft." "Die Ausländer vermehren sich wie die Karnickel, wo wir doch sowieso schon zuviele Arbeitslose haben können wir nicht jeden noch mit durchziehen." - "Wenn der Doppelpaß kommt gibt es hier Bürgerkrieg wie in Jugoslawien."

Ein bekennender Nationalist schämte sich sogar nicht, sich in Anspielung auf den Solinger Brandanschlag von der jungen Generation mehr solche mutigen Taten zu wünschen.

Bezeichnend war auch, daß die Agitatoren der CDU sehr schnell ihren anfänglichen Lockruf zur Unterschrift "Für Integration, gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft" auf die reine Negativ-Forderung beschränkten. Die kosmetische Kombination mit "für Integration" schien auf ihre Klientel nicht zufriedenstellend, oder allzu verwirrend zu wirken. Da war der "Adressat" schon ehrlicher wie der "Absender".

Auf die empörte Frage einer jungen Frau, warum die CDU jetzt für etwas Unterschriften sammeln würde, was sie als Regierungspartei doch per Gesetz hätte durchsetzen können, kam die lapidare Antwort: "Die Situation hat sich geändert!" Auf die Nachfrage "Wieso?", lautete die Antwort: "Die SPD hat die Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptiert."

Bestätigt durch die fremdenfeindliche und rassistische Wirkung der CDU-Kampagne appellieren wir noch einmal eindringlich an die Verantwortlichen der CDU: Widerstehen Sie der Verlockung, die mangelnde politische Zustimmung der WählerInnen bei der letzten Bundestagswahl durch eine populistische Kampagne gegen Minderheiten in unserer Gesellschaft auszugleichen. Kehren Sie zu den Grundlagen einer verantwortungsvollen Politik im Interesse aller BürgerInnen zurück. Betheiligen Sie sich nicht daran, Nationalismus und Rassismus in diesem Land wieder hoffähig zu machen. Stoppen Sie diese unheilvolle Unterschriftensammlung. Falls Sie noch einmal Verantwortung in diesem Land übernehmen sollten, werden Sie froh sein, unsere Bitte berücksichtigt zu haben.

Aktion Doppelpaß - c/o SOS Rassismus
e.V. PF 101191 / 42611 Solingen / i.A.
Frank Knoche

P.S.: Diese Presseerklärung wurde im Gegensatz zu vielen Pro-CDU-Aktionsberichten und Leserbriefen, weder vom Tageblatt noch Morgenpost berücksichtigt.

Die Ambivalenz der Doppelten Staatsbürgerschaft

Seit nunmehr etlichen Wochen dominiert der Streit um die Doppelte Staatsbürgerschaft die innenpolitische Auseinandersetzung hierzulande. Was als relativ unspektakuläre parlamentarische Auseinandersetzung begann, hat sich - dank der rassistischen CDU-Kampagne - mittlerweile zu einer höchst brisanten, die gesamte 'Volks-gemeinschaft' erzürnenden Debatte ausgewachsen. Gegen die CDU-Unterschriftenaktion hat sich inzwischen ein breites Bündnis formiert. Von SPD-FunktionärInnen über Kirchen und Sozialverbände, Frankfurter Rundschau und Boris Becker bis hin zu linksradikalen Gruppierungen reicht das Spektrum der Gegnerschaft. Auffällig an den Widerstandsaktionen und -verlautbarungen ist, daß - auch insofern linke Gruppen daran beteiligt sind - die Forderung nach der Doppelten Staatsbürgerschaft völlig unreflektiert verteidigt bzw. affirmiert wird.

Weitergehende Forderungen, z. B. nach offenen Grenzen und der Rücknahme des rassistischen Asylkompromisses tauchen in diesem Zusammenhang überhaupt nicht mehr auf. Vor diesem Hintergrund scheint es fast so, als sei die Forderung nach dem Doppelpaß der 'one best way' zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierungsverhältnisse. Durch die Fokussierung auf die Doppelte Staatsbürgerschaft werden damit fatalerweise gerade jene Menschen mit ihren Erfahrungen aus der politischen Arbeit ausgegrenzt, die den schlechtesten bzw. überhaupt keinen rechtlichen Status besitzen, also Flüchtlinge, AsylbewerberInnen und "Illegale". Anstatt sich vorschnell auf eine Regierungsforderung (!) aufzuschwingen, sollte zunächst die dem Konzept der Doppelten Staatsbürgerschaft inhärente Ambivalenz thematisiert und problematisiert werden.

... bleibt der rassistischen Logik verhaftet

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß auch die Doppelte Staatsbürgerschaft der rassistischen Logik verhaftet bleibt, insofern ihr Erwerb nicht allen hier lebenden AusländerInnen offensteht sondern nur denjenigen, wel-

che die relativ restriktiven rechtlichen und sozialen Voraussetzungen erfüllen. So wird beispielsweise Menschen, die noch nicht so lange hier leben oder auf eine staatliche Unterstützungsleistung wie Sozial- und Arbeitslosenhilfe angewiesen sind, per se die Möglich-

keit des Doppelpasses verweigert. Das Recht auf die Doppelte Staatsbürgerschaft wirkt in diesem Sinne spaltend, indem es eine neue diskriminierende Grenze innerhalb der Gruppe der Nichtdeutschen zieht: auf der einen Seite die AusländerInnen welche die Bedin-

gungen erfüllen, auf der anderen Seite vor allem die Gruppe der AsylbewerberInnen und Flüchtlinge. Insgesamt wird durch das Konzept der Doppelten Staatsbürgerschaft also der Mechanismus der diskriminierenden sozialen Kategorisierung von Menschen überhaupt nicht infragegestellt.

Gleichwohl wird durch das Recht auf die Doppelte Staatsbürgerschaft natürlich für eine bestimmte diskriminierte Gruppe von Menschen eine nicht unerhebliche rechtliche Bes-

serstellung erreicht. Zudem wird durch die Ermöglichung der Doppelten Staatsbürgerschaft die in Deutschland - als Folge der nationalsozialistischen 'Rassenpolitik' - besonders weitreichende ethnische Homogenisierung der nationalen Identität ein Stück weit aufgeweicht. Aufgrund dieser positiven Effekte geht es auch nicht darum, die Forderung nach der Doppelten Staatsbürgerschaft pauschal zurückzuweisen, sondern vielmehr ihre Bedeutung im Rahmen antirassistischer Politik zu relativieren.

Das Konzept der Doppelten Staatsbürgerschaft bricht generell nicht mit dem Grundmuster rassistischer Unterdrückung. Es ist nicht in der Lage, den Modus der rassistischen Kategorisierung zu knacken, sondern bleibt diesem weiterhin verhaftet. Insofern taugt diese Forderung auch nichts hinsichtlich der Überwindung des rassistischen Systems. Antirassistische Arbeit muß diese Sackgasse des Konzepts der Doppelten Staatsbürgerschaft benennen!

Die Forderung nach dem Doppelpaß darf deshalb kein primäres, sondern allenfalls ein nachgeordnetes Ziel antirassistischer Bemühungen sein.

Im Zentrum antirassistischer Politik sollte - über diese Forderung hinausgehend - vielmehr die Thematisierung der Strukturen des rassistischen Systems stehen und damit der Kampf gegen jedwede Form der nationalistischen und rassistischen Kategorisierung von Menschen.

Volker Seidel



Reisebüro Dream

Neueröffnung

Entenpfuhl 1-3
42651 Solingen
Tel.: 2245123
Fax: 2245124

Inh. Aydin-Dogan

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.30 -13 Uhr, 15-18 Uhr und Sa 9.30-14.30 Uhr
weltweit Flüge, Bus-, Bahn- und Schiffsreisen
★ Spezialangebote für Türkeiurlaube ★

Alles kriminell, oder was ?!

Die CDU wollte es wissen: Wie viele Ausländer, die eigentlich ausreisepflichtig sind, halten sich noch in Solingen auf und beziehen Sozialhilfe?

So lautete die Anfrage, die die CDU-Fraktion zu einer der letzten Sitzungen des Sozial-Ausschusses an die Verwaltung gestellt hatte. (Sprich: Warum werden diese Personen nicht endlich abgeschoben und mit wieviel Geld belasten sie den hart arbeitenden Steuerzahler? ...)

Einen Tag, nachdem die Anfrage im Ausschuß behandelt wurde, erschien im ST hierzu ein Artikel. Unter der anteilnehmenden Überschrift „Sehr lange Zeit im Ungewissen“ konnten die LeserInnen den Zeilen entnehmen, daß es angeblich eine große Zahl von kriminellen Ausländern in Solingen gibt, die bis zu 1 1/2 Jahre mit Sozialhilfebezug auf die Abschiebung warten, weil die Verwaltung

nicht genügend Personal hat, um die Verfahren zügig abzuschließen.

Hier ist es ein bißchen wie bei der Stillen Post (Kinderspiel, bei der ein ins Ohr geflüstertes Wort am Ende einer langen Reihe von geflüsterter Weitergabe meist völlig verstümmelt ankommt.)

Die Verwaltung hatte exakt dargelegt, daß es sich bei einigen der noch hier verbliebenen „ausreisepflichtigen Ausländer“ um

- bosnische Staatsangehörige, die auf den Bescheid über ihren Weiterwanderungsantrag warten

- Personen, die aufgrund von Paßproblemen nicht abgeschoben werden können und
- jugoslawische Staatsangehörige, die aus faktischen/tatsächlichen Abschiebehindernissen (Flugboykott/Bürgerkriege) nicht abgeschoben werden können, handelt. Dies ist die eine Gruppe.

Bei der anderen Gruppe handelt es sich um die im Artikel angesprochenen Menschen, die im offenen Verfahren stehen. Hierbei sind etwa zwei Drittel von der Ausweisung bedroht, weil sie entweder Sozialhilfe beziehen oder trotz Erwerbstätigkeit das Einkommen zu gering ist. (Denn, was viel zu wenig bekannt ist: Arbeiten allein genügt nicht, um im Schlaraffenland Bundesrepublik bleiben zu dürfen. Der Verdienst muß auch hoch genug sein!).

Von Ausweisung sind auch Menschen gefährdet die viele Jahre in Solingen gearbeitet haben und die z.B. wegen Arbeitslosigkeit zu SozialhilfeempfängerInnen wurden.

Was könnte die CDU nun aus ihrer Anfrage gelernt haben?

Daß es sich bei den Personen, die so ungebührlich das deutsche Staatssäckel belasten, um Menschen handelt, die sich aus rechtlichen oder faktischen Gründen noch hier aufhalten müssen, oder die aufgrund restriktiver Ausländergesetze (Höhe des Einkommens, Sozialhilfebedürftigkeit) monatelang auf Entscheidungen über Sein oder Nicht-Sein in Deutschland warten müssen.

Und wir haben - mal wieder - auch etwas gelernt: Wie schnell sich das Wörtchen „Kriminelle Ausländer“ im Kopf festbeißt und von dort aus einen ganzen Artikel prägt und damit das Ansehen der ausländischen Menschen in Solingen wieder einmal ein bißchen untergräbt.

Nasser und Sabine Firouzkah

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Gestalttherapie, Psychodrama,
Sozialtherapie, Ausbildung, Supervision

Psychodrama

in Selbsterfahrungsgruppen
dienstags abends 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

in Ausbildung
Unterstufe: Beginn Oktober 1999 in Solingen
Oberstufe: Beginn April 1999 in Zürich

in Supervision
Einzeltermine

offene Gruppensupervision für Fachleute
Freitag bis Samstag

Anfragen
unter Telefon und Fax 02 12 / 27 34 78
eMail friedel.geisler@t-online.de
Internet [http://home.t-online.de/
home/friedel.geisler/index.htm](http://home.t-online.de/home/friedel.geisler/index.htm)

Friedel Geisler, DAGG, DGSv, DFP

Agenda 21

In der letzten Ausgabe der tacheles setzten wir uns auf drei Seiten mit dem Agenda-Prozess in Solingen recht kritisch auseinander. Inzwischen stehen wir mit unserer negativen Einschätzung nicht mehr allein auf weiter Flur. Noch fühlen sich die wenigen Agenda-Offiziellen an ihr selbst gewähltes Konsensprinzip gebunden und scheuen den Bruch mit der Institution. Doch unter der Decke qualmt es: Früher, als es noch keine Agenda gab habe es mehr Aktivität im Umweltbereich gegeben. In der Bevölkerung gäbe es kaum Resonanz. Die ganze Sache hänge an drei, vier Personen. Der Schirmherr Ulrich Uibel wäre zwar bei der Eröffnung ruhig gewesen, ansonsten sei von ihm - außer wenn Medienpräsenz garantiert wäre - nicht viel zu sehen. Das Agenda-Team habe keine Kompetenzen und in der Stadtverwaltung gäbe es auch niemanden, der sich das Anliegen "zur Herzenssache" machen würde. Solche und ähnliche Meinungen werden hinter vorgehaltener Hand, von frustrierten Öko-AktivistInnen geäußert. Ach waren das noch Zeiten, als Glasnost ein Tugend war!



Was sonst noch in Solingen geschah

Ein subjektiver Rückblick auf die vergangenen drei Monate

Ins Gespräch kam wieder ein Thema, das nicht nur nach Ansicht der Redakteurin der Frankfurter Rundschau die meisten SolingerInnen in einem Mantel des Schweigens umhüllen würden. In einem **Zivilprozeß** vor dem Wuppertaler Landgericht wird über die **Schadensersatzansprüche der Opfer des Solinger Brandanschlags** verhandelt. Das Gericht gab dabei dem Antrag der Verteidigung auf neue Beweissicherung in wichtigen Punkten statt. Der Angeklagte Christian R. nutzte diese Gelegenheiten, um zum mittlerweile ungezählten Male eine eigene neue Version des Tathergangs hinzuzufügen. Diesmal ist er gänzlich unschuldig. Leider erreichte der stadtbekannteste Volxverhetzer und Auschwitzleugner Kissel in diesem Prozeß einen Punktsieg. Der Anwalt eines der Überlebenden verstieg sich in einer Presseerklärung zu der Behauptung, daß Kissel und dessen Firmen die Kosten für die Verteidiger der mutmaßlichen Brandstifter übernommen hatte. Von dieser Behauptung mußte, nachdem der Junior Kissel auch noch eine einstweilige Verfügung zur Unterlassung dieser Aussagen vor Gericht erwirkte, der Verteidiger Abstand nehmen. Durch diese auch unserer Meinung abstrusen Theorie geriet auch seine nachfolgende bedenkswerte These, daß die Stadt durch die öffentlichen Aufträge an Kissel sich als „geistige Brandstifterin“ mitschuldig gemacht habe, in Mißkredit.

In Ohligs kam es Ende Januar und Anfang Februar zu **drei rassistischen Übergriffen**. Ende Januar gab es vor einer Gaststätte und Tage vorher in einem anderen Bistro handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen Mitbürgern ausländischer Herkunft und Gegenbürgern deutscher Art. Anfang Februar mißhandelten „auf brutalste Weise“, so Polizeisprecher Heyer, drei Skinheads im Alter von 15, 18 und 22 Jahren zwei Türken. Das Trio muß, nachdem sie die Opfer gestellt hatten, auf diese eingedroschen und mit ihren Kampf-

stielen eingetreten haben. Die Staatsanwaltschaft sieht bei den beiden älteren Angeklagten den Tatbestand des versuchten Totschlags als gegeben an.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Die **Parteien stellten ihre Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt auf**. Die FDP verzichtet auf einen eigenen Kandidaten und unterstützt statt dessen Franz Haug von der CDU. Was von diesem zu halten ist, kann in der letzten Ausgabe der tacheles nachgelesen werden. Die Grünen schicken Sylvia Löhrmann ins Rennen. Wer diese wählen will, sollte sich ihr Verhalten bei der Auflösung des Bibo (siehe hierzu tacheles Nr. 8) zu Gemüte führen, um zu wissen was auf ihn/sie zu kommt. Oder sollte einfach mal darüber nachdenken was Grüne an der Macht bewirken. Wir in Solingen leben ja unter dreifacher rot-grüner Regentschaft (auf kommunaler-, landes-, und bundespolitischer Ebene). Wer dann noch ein Argument für rot-grün findet, schickt dieses bitte bei der tacheles ein. Als Zeitschrift für kleine unbedeutende Minderheiten interessieren uns natürlich besonders kleine unbedeutende Argumente. Der Kandidat für die SPD ist der amtierende OB Uibel. Bei einer Bewertung dieses Kandidaten verbietet sich wegen der Profanität eigentlich ein Wortspiel. Wir machen es aber trotzdem mal. Übel.

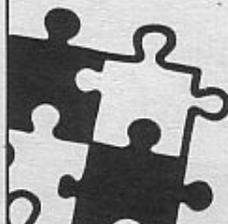
Der diesjährige **Karnevalszug fand ohne Techno Wagen** statt. Nachdem letztjährigen Theater (siehe tacheles Nr. 9) verwundert es nicht, daß die Initiatoren des Wagens auch auf das Hinterstübchen, welches die Organisatoren des Zuges ihnen aufbliesen, sich als einzige bis kurz vor Rosenmontag doch noch für eine Teilnahme zu ent-

scheiden, nicht eingingen. In diesem Zusammenhang paßt, daß der **Havanna Club seit Anfang Januar geschlossen** hat. Auch wenn man diesen Club und die dort gespielte Musik nicht mochte, zeigt dessen Ende doch die Trostlosigkeit des Solinger Nachtlebens an. Der Solinger saugt mit der Muttermilch schon auf, daß in seiner Stadt nichts los ist. Und da nicht sein kann was nicht ist, verhält er sich auch entsprechend. Fragt Coco.

Trotzdem fanden am Ende des vergangenen Jahres zwei sehr gut besuchte und schöne Punk-Konzerte im Havanna Club statt, die aufzeigen, daß es auch anders geht. **Solingen gilt ja als Hochburg für Punkbands**. Im Szene-Magazin Spex wurde die geplante inhaltliche Umgestaltung auf mehr elektronische Musik in der Sendung Wah2 bei VIVA mit dem Versprechen gerechtfertigt, weiterhin Highlights wie „Solinger Punkrock, Hamburg, und ... und ...“ zu senden. In einer der nächsten Ausgaben werden wir uns mal intensiver mit dem Phänomen Punkrock in Solingen auseinandersetzen. **LeAl**

SOS-Rassismus Solingen e.V.

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER VÖLKERVERSTÄNDIGUNG



- organisiert Aktionen, Veranstaltungen und Projekte um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu verbessern (Internationale Festivals, Mahnwachen, Podiumsdiskussionen, Kulturveranstaltungen etc.)

- berät, vermittelt und hilft Menschen, die rassistischen Bedrohungen oder Diskriminierungen ausgesetzt sind

- ist im Bereich der Flüchtlings- und Asylarbeit aktiv

- arbeitet mit vielen Initiativen zusammen und unterstützt deren ehrenamtliche Arbeit

- ist wachsam gegenüber ausländerfeindlichen Verhalten und rechtem Gedankengut

Informationen unter: Postfach 101191 42611 Solingen
Telefon (0212) 201000 - Fax (0212) 205137

Menschen, die sich gerne ehrenamtlich engagieren oder Mitglied werden wollen und herzlich willkommen.

Spendenkonto 31310
Stadtparkasse Solingen
BLZ 34250000

Ohne Kultur ist in Solingen nix los... ...ohne Werbung auch nicht!

City Billboard GmbH
Werbeagentur
Ronsdorfer Str. 74
40233 Düsseldorf
Fn 0211 7334434
Fx 0211 7332811

Die vergitterte Stadt

Jugendarbeit am Scheideweg: Mehr Kontrolle – weniger Angebote

Solingen ist laut der Kriminalstatistik 1997 des BKA die sicherste Großstadt Deutschlands. Das hält die Solinger Medien, die Verwaltung und die InteressenvertreterInnen des Solinger Einzelhandels aber keinesfalls davon ab, auch in Solingen einen von Alarmstimmung getragenen Sicherheitsdiskurs zu führen.

Unter dem Stichwort "Gefährliche Jugendliche" wird auch in Solingen ein subjektives Bedrohungsgefühl bei den StadtbewohnerInnen erzeugt – auch wenn alle Fakten dagegen sprechen. Gleichzeitig werden wichtige Einrichtungen der Jugendarbeit in Solingen mit Schließungsüberlegungen bedroht.

Die Ausgegrenzten werden zum Problem gemacht

Die hochgepuschte Diskussion um die kleine Gruppe von jungen Erwachsenen, Obdachlosen und drogenabhängigen Menschen, die sich vor dem P&C am Mühlenplatz trifft, zeigt

dies deutlich. Plötzlich wird dieser Treff zum Problem hochgeredet. Während auf dem alten Mühlenhof diese Gruppen ihren festen Platz in der Stadt hatten, wurden sie zunächst vom Bauzaun der Clemensgalerien zu der Gasse am P&C verdrängt. Jetzt wurde diese Gasse noch weiter verengt und plötzlich wird ein Problem offenbar: Es gibt zu wenig öffentlichen Raum in der Innenstadt für die unterschiedlichen Gruppen, die die Innenstadt als Kommunikationsort brauchen. Es gibt keine öffentliche Toilette mehr, fast alle Bäume und Sträucher in der Innenstadt sind verschwunden und plötzlich gibt es ein Pinkelproblem. Diese Probleme wurden aber gerade nicht von den "Verdrängten vom Mühlenhof" geschaffen, sondern von der Stadtplanung. Statt hier Abhilfe zu schaffen, werden die Verdrängten zum Problem erklärt, über das sich kräftig schwadronieren läßt.

Was passiert mit dem Haus der Jugend Dorper Str. ?

Am 1. 12. 98 wurde von der Verwaltung ein "Handlungskonzept: Präventions- und Reak-

tionsmöglichkeiten im Innenstadtbereich für auffällige - gefährdete - gefährliche Kinder- und Jugendliche" vorgelegt. Schon die Wortwahl "gefährliche Kinder- und Jugendliche" deutet darauf hin, daß jetzt andere Seiten in der Jugendarbeit aufgezogen werden sollen. Hier wird allen Ernstes vorgeschlagen, das Haus der Jugend Dorper Str. zum "Checkpoint für Jugendliche" in der Innenstadt, die 'auffällig - gefährdet - gefährlich' sind, umzuwandeln. Als Begründung für die Wahl des Hauses der Jugend wird die "räumliche Nähe zum beschriebenen Sozialraum, die unmittelbare Nachbarschaft zur Polizei, zum Amtsgericht, zum allgemeinen sozialen Dienst, zur Jugendgerichtshilfe ..." angeführt. Eine Argumentation, die zeigt, woher der Wind weht. Da ja – trotz aller Bedrohungsszenarien – nicht beabsichtigt ist, neue MitarbeiterInnen im Jugendbereich einzustellen, soll der Kinderbereich im Haus der Jugend geschlossen werden, um Personal freizumachen. Dieser Vorschlag wurde glücklicherweise bis jetzt nicht beschlossen, die Grünen kritisierten ihn öffent-



lich. Eine einseitige Ausrichtung des Hauses der Jugend auf "... gefährdete ..." Jugendliche würde viele Jugendliche von einem Besuch des Hauses abhalten, von den Sorgen der Eltern ganz zu schweigen. Eine solche Konzeption verschärft die Ausgrenzung und Abschottung innerhalb der Gruppe der Jugendlichen.

Im Haus der Jugend läuft eine erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit mit deutschen und ausländischen Jugendlichen, die allerdings unter der ständigen MitarbeiterInnen-Unterbeseetzung leidet. Diese Arbeit muß gestärkt werden. Die Kinder und Jugendlichen und die MitarbeiterInnen sollten unterstützt und nicht durch solche Konzeptionen verunsichert werden. Sinnvoller wäre die Einrichtung eines Jugendcafés in der unmittelbaren Innenstadt, in dem SozialarbeiterInnen als AnsprechpartnerInnen für Jugendliche mit besonderen Problemen zur Verfügung stehen.

Ordnungspartnerschaften und kriminalpräventive Räte

Im erwähnten Handlungskonzept findet sich ein weiteres Politikum: "Eine Ordnungspartnerschaft / Kriminalpräventive Arbeitskreise, mit festen Teilnehmern der Jugendhilfe, der Polizei, dem Bereich Schule und der Jugendhilfeplanung muß zu einer festen Einrichtung werden." Dabei soll "ein regelmäßiger Austausch über Gefährdungspotentiale, Brennpunkte, Tendenzen und ggfs. auch Täterkarrieren und Gruppierungen" stattfinden. Mit dieser Konzeption soll die in Ansätzen schon bestehende Zusammenarbeit von Sozialarbeitern und Polizei so ausgeweitet werden, daß hier ein offener Wissensaustausch über Einzelfälle stattfindet. Das Vertrauensverhältnis zwischen Jugendlichen und SozialarbeiterInnen, die wichtigste Voraussetzung für das

Gelingen von Jugendarbeit, würde empfindlich gestört, wenn die Jugendlichen davon ausgehen müssen, daß ihre Gespräche an die Polizei weitergegeben werden. Auch dies ist ein Schritt weg von einer helfenden zu einer drohenden Jugendarbeit. Sollten derartige "Ordnungspartnerschaften" auch noch, wie in manchen anderen Städten, die örtlichen Einzelhandelsfunktionäre einbeziehen, würde nach den bisherigen Erfahrungen die Vertreibung von Randgruppen aus der Innenstadt noch stärker in die Diskussion kommen.

Wird die Notschlafstelle privatisiert?

Im Haushaltssicherungskonzept (HSK) 1999, das die geplanten Einsparungen im städtischen Etat bis zum Jahr 2002 festlegt, wird auch die Notschlafstelle für junge Erwachsene in ihrer Existenz bedroht. Findet sich dort doch die Festlegung, 100 000 DM einzusparen. Dies soll durch "die Berechnung eines kostendeckenden Tagessatzes für einen Teilbereich der Einrichtung" erreicht werden. Was passiert, wenn dieser Plan scheitert, weil andere Träger nicht wie geplant für diese Kosten herangezogen werden können bzw. die BewohnerInnen – die ja gerade wegen ihrer finanziellen Bedürftigkeit auf die Notschlafstelle angewiesen sind – nicht soviel zahlen können? Dann tritt Plan B in Kraft: Auf Initiative der Grünen sollen dann, so steht es im HSK, "Gespräche mit anderen Trägern zwecks Übertragung" der Einrichtung geführt werden. Damit würde das erfolgreiche Konzept der städtischen Notschlafstelle aufgegeben. Gerade in der städtischen Notschlafstelle wird Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Solingen sonst draußen schlafen müßten, nicht nur ein Dach über dem Kopf geboten, sondern auch eine Betreuung bei Arbeitssuche, Wohnungssuche sowie persönlichen Problemen. Durch die Ausgliederung dieses Bereiches aus der Stadtverwaltung würde das Jugendamt einen wesentlichen Teil des direkten Kon-

taktes zu den Jugendlichen mit besonderen Problemen verlieren und damit stark an Kompetenz bei den sozialen Problemen von Jugendlichen einbüßen.

Das Zeichen der Versöhnung ist gefährdet

Das InterJu, die **Internationale Jugendbegegnungsstätte in Ohligs**, wurde nach dem Brandanschlag 1993 geschaffen. Die Bertelsmann-Stiftung spendete 1 Mio. DM, die für die Förderung des friedlichen Zusammenlebens verwendet werden sollten. Sie wurde u.a. in die Internationale Begegnungsstätte investiert und half bis ins vorige Jahr, die Personalkosten zu decken. Die Stadt Solingen hat mit dieser Begegnungsstätte als Zeichen der Versöhnung auch international geworben.

Im vorigen Jahr nun fiel der Verwaltung erstmals auf, daß die Gelder der Bertelsmann-Stiftung aufgebraucht sind und eine Finanzierung durch die Stadt erfolgen müßte. Statt dessen wird von Teilen der Politik jetzt eine Zusammenlegung von **Haus der Jugend Aufderhöhe** und InterJu gefordert. Als neueste Variante soll das InterJu seine interkulturelle Fort- und Weiterbildungs- und Medienarbeit beenden. Um dem besonderen Anspruch dieser Einrichtung gerecht zu werden, ist der Erhalt dieser Arbeit dringend notwendig. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn die Stadt ihre Zusage, dieses Zentrum zu erhalten, brechen würde. Eine Schließung des Hauses der Jugend in Aufderhöhe – der einzigen städtischen Jugendarbeit in diesem Stadtteil – , in dem eine sehr engagierte Jugendarbeit geleistet wird, würde diesem Armutszeugnis nur einen anderen Titel geben.

Dies alles passiert, während seit Jahren keine Straßensozialarbeit mehr von der Stadt Solingen durchgeführt wird und zahlreiche Stellen beim Jugendamt unbesetzt sind. Wir brauchen mehr statt weniger MitarbeiterInnen, Geld und Einrichtungen für Jugendarbeit in Solingen. Eine verantwortliche Politik muß die Prioritäten im städtischen Haushalt daran ausrichten!

Dietmar Gaida

Wir
haben es
nötig!



Soli-Abo:
25 DM für ein Jahr
facheles frei Haus!
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 330 101 11
Konto 241 545 6300
Kontoinhaber ist F. Prinz
Stichwort facheles-Abo



Die Situation in Solingen

Radwege

Von Radwegen, die 2 Meter breit sind, träumt der/die RadfahrerIn in Solingen. Die meisten Radwege werden dort angelegt, wo noch ein bißchen Platz, meistens vom Fußweg, abgezweigt werden kann. Selbst die Radwege, die in jüngster Zeit entstanden sind, verstoßen teilweise gegen die StVO. So z.B. Ist der Radweg am Werwolf eine wirkliche Frechheit: Ein Slalom zwischen Laternenpfählen und Stromkästen, gespickt mit unübersichtlichen Ausfahrten und Hauseingängen. Die parkenden Autos machen das Abenteuer im Großstadtdschungel so richtig spannend.

Schön geworden ist auch der "Reitweg" am Frankfurter Damm, moderne Federungs-technik und breite Reifen am Fahrrad leider Voraussetzung für dessen Benutzung. Der Radweg an der Friedrich-Ebert-Straße ist etwas über 1 m breit und verläuft quer durch Bushaltestellen, den Eingang eines großen Supermarktes und an unübersichtlichen Ausfahrten vorbei. Daß Fußgänger und Autos diesen Radweg ignorieren, ist verständlich, RadfahrerInnen sollten ihn auch meiden.

Einbahnstraßen

Einbahnstraßen in Gegenrichtung für RadfahrerInnen zu öffnen, ist eine sehr preiswerte

Methode etwas für den Radverkehr zu tun. Doch selbst dazu reicht es hier in Solingen nicht. Fast alle Solinger Einbahnstraßen sind breit genug, um diese zu öffnen. Gerade hier im "Bergischen" ist es notwendig, möglichst kurze Wege zu fahren, bzw. Steigungen zu vermeiden.

Fahrradstraßen

An Fahrradstraßen ist in Solingen wohl gar nicht erst zu denken. Dabei sind sie ein gutes Mittel wirklich attraktive Verbindungen für RadfahrerInnen zu schaffen, die sicher sind. Im Einzelfall ist ja auch an die Zulassung von Autos zu denken, diese haben dann langsam zu fahren und sich unterzuordnen. Damit ist die Fahrradstraße in fast jeder verkehrsberuhigten Zone umsetzbar. Mögliche Fahrradstraßen: Kottendorfer Str., Friedrich-Ebert-Str. (z.B. nur Bus- und Lieferverkehr)

Außerdem wäre eine Verlängerung des Frankfurter Damms über die ehemalige Bahntrasse bis zum Werwolf eine richtige Attraktion, die bestimmt viele Menschen auf das Fahrrad bringen würde. Gerade die momentane Lage am Schlagbaum für RadfahrerInnen (Konrad-Adenauer-Straße) macht eine Umgehung der Innenstadt sinnvoll. Diese Verbindung hätte fast keinen Höhenunterschied und wäre vollkommen unabhängig vom restlichen Verkehr.

Schutzstreifen

Der Schutzstreifen ist eine weitere sehr preiswerte Möglichkeit, Radverkehr sicherer und attraktiver zu gestalten. Obwohl dies kein vollwertiger Radweg ist, bietet er ein höheres Sicherheitsgefühl. Sicherer als die meisten Radwege auf dem Bürgersteig ist er auf jeden Fall, da er auf der Straße angelegt, ist rollt er auch besser. Der Schutzstreifen kann auch als eine prima Zwischenlösung eingesetzt werden, wenn ein Fahrradweg für die Zukunft vorgesehen ist. Für folgende Straßen könnten Schutzstreifen überlegt werden: Neuenkamperstr. abwärts, Mangenbergstr.

Mehr zum Solinger Radwegnetz und den Möglichkeiten, dieses zu verbessern in der nächsten tacheles. **Roter Blitz**

Die sogenannte Fahrradnovelle

Seit dem 1. September 1997 gilt die neue Straßenverkehrsordnung (StVO), die sogenannte Fahrradnovelle. Hiermit wurden endlich erste Schritte für eine Förderung des Radverkehrs eingeleitet. In der Realität sieht die Situation im Gegensatz zu manch anderen Städten (z.B. Münster, Bremen oder auch Düsseldorf, Hilden und Langenfeld) in Solingen sehr düster aus. Hier die wichtigsten Neuerungen und was in Solingen davon übrigbleibt:

★ In der neuen StVO wurde festgelegt, daß ein Radweg möglichst 2 m breit sein sollte, mindestens 1,50 m. Die Oberfläche muß in Ordnung sein, Buckelpisten und Stolperstreifen sind unzumutbar. Radwege müssen sicher und übersichtlich sein. Nur Radwege die diesen Kriterien entsprechen dürfen noch mit dem blauen "Radweg"-Schild markiert werden und müssen auch benutzt werden. Alle anderen Radwege die zu schmal oder in schlechtem Zustand oder aus irgendeinem Grund nicht befahrbar sind (Beispiel: Baustelle, von Schnee oder Glas bedeckt), müssen nicht mehr befahren werden.

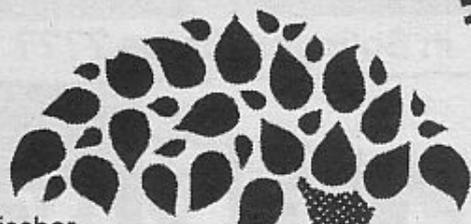
★ Mit der Änderung der StVO bietet sich für Gemeinden die Möglichkeit, Einbahnstraßen durch ein Zusatzschild für RadfahrerInnen in beide Richtungen zu öffnen. In vielen Städten wurde dies schon umgesetzt, ohne Unfallzunahme. In Gegenrichtung geöffnete Einbahnstraßen reduzieren Umwege und verringern die Fahrtzeit. Geöffnete Einbahnstraßen verringern das Geschwindigkeitsniveau, was die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht.

★ Neu in der StVO ist auch die Fahrradstraße: Sie kann die gesamte Fahrbahn umfassen und andere Fahrzeuge sind nicht (bzw. nur ausnahmsweise) zugelassen. Damit sind sie ein gutes Mittel, um attraktive Verbindungen für Fahrradfahrer zu schaffen und die Fahrradnutzung steigern.

★ Der Schutzstreifen (mind. 1,25m, möglichst 1,60m breit) kann von den Kommunen dann eingesetzt werden, wenn die Straße zu schmal ist, um einen richtigen Radfahrstreifen zu markieren. Er sollte RadfahrerInnen mehr Schutz vor den überholenden Autos bieten. Die Markierung - darf im Gegensatz zu dem Radfahrstreifen - bei Bedarf auch überfahren werden, z. B. wenn sich Lkws begegnen oder RadfahrerInnen einander überholen wollen. Die Erfahrungen in einigen Städten, die den Schutzstreifen schon ausprobiert haben, stimmen optimistisch: Autos fahren langsamer und halten ausreichend Abstand, die Unfallzahlen sinken und die RadlerInnen sind komfortabler unterwegs und bleiben auch nicht mehr im Autostau stecken.

Naturschutz aktiv in Solingen

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltarbeit mit Kindern



Bergischer
Naturschutzverein
Telefon 329642

RBN

FahrRad im Bergischen Land

Immer wieder ungläubiges Kopfschütteln, Fahrradkuriere in Solingen? Nicht möglich. Beim Fahrradkurierdienst Roter Blitz bekommen wir täglich den Stellenwert des Fahrrads hier in Solingen verdeutlicht. Hier sei Fahrrad fahren aufgrund der Berge nicht möglich. Doch daß es möglich ist, zeigen nicht nur Fahrradkuriere, immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad auch hier in Solingen für ihre täglichen Wege. Wer den Radverkehr in Solingen einmal beobachtet, muß zu dem



Schluß kommen, daß das Fahrrad für viele Menschen eine Alternative sein kann.

Die Vorteile des Fahrrads werden völlig unterschätzt. Das Fahrrad fördert die Gesundheit und steigert die Lebensqualität. Es entlastet die Umwelt, schafft lokale Arbeitsplätze und kann "teure" Verkehrsstaus auf der Straße vermeiden helfen. Jede/r Berufspendlerin, der/die vom Auto auf das Fahrrad umsteigt, erspart der Allgemeinheit täglich mehr als 5 DM an Kosten.

Rechnet man die externen volkswirtschaftlichen Kosten durch die Umweltbelastung der Kraftfahrzeuge auf einen durchschnittlichen PKW um, so bleiben mindestens rund 6.000 DM ökologische und soziale Kosten, die nicht durch Steuereinnahmen gedeckt werden. Zum Vergleich: Diese Kosten entsprechen demselben Betrag, den es kosten würde, jedem/r, der/die auf das Auto verzichtet, jedes Jahr eine ganzjährige Netzkarte für den öffentlichen Nahverkehr, alle 5 Jahre ein gutes Fahrrad zu 1.000 DM und zusätzlich rund 15.000 Bahnkilometer 1.Klasse zu schenken. Mit einem Mix aus ÖPNV, Fahrrad und evtl. Car-Sharing lassen sich nicht nur allgemeine Kosten drastisch reduzieren, der "bewußt" mobile Mensch spart viel Geld.

Aber in Solingen ... ?

Bei genauerer Betrachtung ist Solingen zum Radfahren gar nicht so ungeeignet: Solingen kommt der Stadt der kurzen Wege schon recht nah. Wegen der vielen Stadtteile ist vieles in unmittelbarer Umgebung zum Wohnort zu erledigen. Ein Bahnhof in der Innenstadt, ei-

ner in Ohlgs. Die Fahrt in die umliegenden Städte ist von Solingen aus mit Zug bzw. S-Bahn meist sowieso schneller als mit dem Auto. In Solingen sind im Vergleich zu anderen Städten, wo viel mehr Rad gefahren wird, kaum lange Strecken zu bewältigen (Solingen ist ungefähr 11 mal 15 Kilometer groß). Die meisten Wege sind innerhalb einer halben Stunde zu schaffen, im Innenstadtbereich ist das Rad oft sowieso schneller als das Auto. Solingen hat viele Grün- und Waldflächen.

Hier macht es richtig Spaß Fahrrad zu fahren. Zum Beispiel ist die Verbindung zwischen Ohlgs und der Innenstadt durchs Lochbachtal richtig gemütlich.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

Natürlich ist es einfacher in der Ebene Fahrrad zu fahren, aber so "bergisch" ist Solingen gar nicht. Für die häufigsten täglichen Wege sind die meisten "Hügel" unerheblich. Im Innenstadtbereich sind nicht viele Höhenmeter zu überwinden, nach Wald ist die Strecke recht eben. Mit ein bißchen Überlegung

lassen sich immer Wege finden, die nicht allzu steil sind.

Vielleicht gibt es in den ersten Wochen noch Steigungen, die als "nicht machbar" erscheinen, doch lockerbleiben, kleinen Gang einlegen und gleichmäßig treten, mit ein bißchen Übung wird das bald Routine. Und bekanntermaßen geht es auch immer wieder runter, das macht mit dem Fahrrad richtig Spaß. Und apropos Geschwindigkeit: Warum das Fahrrad immer mit dem Auto vergleichen? Die zehn Minuten, die das Auto vielleicht schneller ist, hat wohl jeder Zeit. Dafür entfällt die Parkplatzsuche, und im Stau zu stehen gehört auch der Vergangenheit an.

Nicht unterschätzen sollte man die Vorteile eines einigermaßen guten Rades. Aber wieso nicht 1000-2000 DM investieren, der Kilometerpreis bleibt immer noch unschlagbar günstig. Ein modernes, gut gepflegtes Fahrrad erleichtert vieles. Da die eigene Muskelkraft eingesetzt wird, sollte Mensch auf eine gut geölte Kette, funktionierende Gangschaltung und leicht rollende Reifen (hoher Luftdruck!) achten. Mit wasserdichter Radbekleidung ist auch das Wetter halb so schlimm.

Sogar die meisten umliegenden Städte sind mit dem Fahrrad in angemessener Zeit und ohne nennenswerte Steigungen zu erreichen: Nach Wuppertal führt eine wirklich schnelle Fahrradbahn an der Wupper entlang, auch untrai-

nierte RadfahrerInnen bewältigen diese Strecke in 45 Min., bis in die Innenstadt von Wuppertal ist die Strecke recht eben. Haan ist von Wald aus auch in kurzer Zeit zu erreichen. Nach Langenfeld und Hilden führen zum größten Teil Radwege, hier ist es auch schon flach. Und selbst Düsseldorf und Monheim sind für einigermaßen geübte FahrerInnen innerhalb einer Stunde zu erreichen.

Kombination Rad — ÖPNV

Wer sich die Solinger Hügel nicht zutraut, der genießt die Abfahrten und fährt dann mit Bus oder Bahn zurück. Gerade mit dem Zug von Ohlgs in die Innenstadt, aber auch mit den Busverbindungen gibt es bequeme Alternativen für einen Heimweg. Die Fahrradmitnahme ist grundsätzlich möglich, in Bussen haben Kinderwagen Vorrang. Wenn der Bus voll ist hat man halt Pech gehabt, mit dem Fahrrad ist man sehr flexibel. Mit den entsprechenden Fahrradabstellanlagen ließe sich die Kombination Rad - ÖPNV richtig attraktiv gestalten. Natürlich wird man auf Schwierigkeiten treffen, doch dafür sind dann Stadtverwaltung und -werke verantwortlich. Hier gilt es u.a. durch häufige Nutzung Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, um bessere Verbindungen zu erreichen.

CarSharing

Wer noch etwas mehr Mobilität benötigt, kann sich ja am CarSharing beteiligen: Autos werden von mehreren NutzerInnen aus einem Stadtgebiet geteilt, es wird nur die in Anspruch genommene Zeit und die Fahrleistung des Autos bezahlt. Carriba! hat zur Zeit 5 Standorte, mit über 60 NutzerInnen in Solingen. (Carriba!-Hotline: 02 02-19 449). **Roter Blitz**

Fr + Sa bis
3 Uhr geöffnet

CAFÉ PHÖNIX
Weyerstraße 27/4
Solingen-Wald

0212/316779

Wer sich nicht wehrt...

Abzockerei an einer Solinger Tankstelle

Als die 42-jährige Blumen- und Zierpflanzengärtnerin Karin A.* im Sommer vergangenen Jahres arbeitslos wurde, hegte sie die Hoffnung, schon bald wieder eine Arbeitsstelle zu finden, welche ihren Ansprüchen und Fähigkeiten entspricht. Doch aufgrund der allgemeinen Lage auf dem Arbeitsmarkt sah sie sich bald gezwungen, zumindest vorübergehend einen Aushilfsjob anzunehmen. Im September 1998 begann sie deshalb eine Arbeit als Verkäuferin an einer Solinger Tankstelle. Dort arbeitete Karin A. für zwei Monate für nur 11,- die Stunde abwechselnd in der Früh- und Spätschicht, später auch in der Nachtschicht.

Abgezogen...

Ab Oktober mußte sie ihre geleisteten Arbeitszeiten in einem Stundenbuch eintragen, wobei sie sich an den Vorgaben ihrer KollegInnen orientierte. Ende Oktober stellte sie fest, daß der Tankstellenpächter und Chef Herr S. ihre Stundeneinträge vom Oktober einfach durchgestrichen und zu ihren Ungunsten geändert hatte. Er hatte die Zeiten noch einmal neu aufgeschrieben und anstatt 5 Uhr 30 stand da nun überall 6 Uhr 30. Sie erfuhr, daß dies die offiziellen Anfangszeiten waren, obwohl die KollegInnen immer eine Stunde früher angingen. Aufgrund der "Korrektur" des Herrn S. fehlten Karin A. plötzlich 15 Arbeitsstunden.

Oft sprang sie auch an ihren freien Tagen für krank gewordenen KollegInnen ein, bis sie im November selbst an einer Grippe erkrankte und einige Tage lang nicht zur Arbeit erscheinen konnte. Als es Frau A. montags darauf immer noch nicht besser ging und der Arzt sie noch einmal für ein paar Tage krank schrieb, erhielt sie dienstags – also einen Tag später – die Kündigung. Erstaunt war Frau A. besonders deshalb darüber, weil sie längst mit

dem Tankstellenpächter Herrn S. für Ende November eine Beendigung ihrer Stelle vereinbart hatte, denn sie hatte mittlerweile doch wieder eine Arbeit in einem Gärtnerbetrieb gefunden, welche sie im Dezember antreten wollte.

"... nicht an einem Rechtsstreit gelegen"

Natürlich fühlte sich Frau A. ungerecht behandelt. Sie hatte nicht nur für einen Hungerlohn gearbeitet, war ständig eingesprungen, wenn



irgendwer fehlte, sondern ihr wurden zudem einfach Arbeitsstunden abgezogen, Überstunden und Nachtzuschläge nicht berechnet und dann erhielt sie auch noch die Kündigung, nur weil sie krank geworden war. Auf eine verbale Auseinandersetzung mit Herrn S. hatte sie keine Lust und so nahm sie sich unverzüglich eine Anwältin. Die Anwältin errechnete für Frau A. als Verkäuferin im sechsten Berufsjahr einen Stundenlohn von 20,12 DM brutto und somit einen noch ausstehenden Betrag für die Monate September und Oktober von 2425,24 DM brutto. Außerdem wurde Herr S. darauf hingewiesen:

"Abzüge können sie nachträglich nicht vornehmen, auch nicht die Arbeitszeit ändern, denn meine Mandantin ist von der dienstha-

benden KassiererIn jeweils zu den eingetragenen Terminen bestellt worden, der Dienstbeginn ist somit von meiner Mandantin entsprechend festgehalten worden".

Nur eine Woche später erhielt Frau A. dann durch ihre Anwältin die Mitteilung:

"Offensichtlich ist Herr S. nicht an einem Rechtsstreit gelegen. Auf dem Weg "der goldenen Mitte" hat der gegnerische Kollege den Vorschlag gebracht (...)"

Herrn S. war sich offensichtlich der Ungerechtigkeit durchaus bewußt, mit der er Frau A. behandelt hatte. Daß sie sich allerdings eine Anwältin nehmen würde, damit hatte er wohl nicht gerechnet. Um weiteren Ärger mit ihr aus dem Weg zu gehen aber dennoch weiterhin knauserig, bot er ihr einen Stundenlohn von 15,82 brutto an und die Zahlung der noch ausstehenden Überstunden und Nachtzuschläge. Obwohl Frau A. durchaus auf dem ihr zustehenden Stundenlohn von 20,12 brutto hätte bestehen können, erklärte sie sich mit dem Angebot von Herrn S. einverstanden, was letztendlich eine Nachzahlung von ca. 1500 DM zur Folge hatte.

Als Dank für ihre Bescheidenheit kam ein paar Tage vor Weihnachten vom gegnerischen Anwalt die Nachricht:

"Zu Gunsten ihrer Auftraggeberin hat sich betreffend die Überstundenvergütung für den Monat Oktober 1998 insoweit eine Verbesserung ergeben, als unser Mandant (Herr S.) hier nicht auf 15,25 Stunden, sondern auf 17,25 Stunden gekommen ist".

Na sowas!? Hat Herr S. da etwa doch noch das schlechte Gewissen geplagt und zwei Stündchen verschenkt? Wohl kaum! Anzunehmen ist wohl eher, daß diese Abzockerei auch in Zukunft systematisch weitergeht und sich die Aushilfen das auch noch gefallen lassen. Aber wie wir am Fall von Frau A. sehen, ist es durchaus lohnenswert sich dagegen zu wehren, – wenn möglich mit anwaltlicher Hilfe bzw. mit Hilfe eines/einer Rechtspflegers/-pflegerin (was generell kostenfrei ist).

Also, wenn Euch ähnliches passiert, wehrt Euch – und berichtet der **facheles** darüber.

Eva Thomas

*Name von der Redaktion geändert

Computer-Einstieg leicht gemacht

Fragen am Computer? Schnelles, effektives Lernen erwünscht? Am eigenen PC - unter Berücksichtigung der persönlichen Lernziele?

Kein Problem - komme ins Haus!

Von Frau für Frauen:
Sabine Firouzkhan
fon & fax 18614



Internationaler Frauentreff

Frauencafé Courage

Klemens-Horn- Straße 3, Tel.: 273635



Öffnungszeiten:
Montag 15-18 Uhr
Dienstag 10.30 - 15 Uhr
Mittwoch bis Freitag 10.30 - 18 Uhr
Samstag 11-15 Uhr
(Familientag, alle 14 Tage)

Außerhalb der
Öffnungszeiten kann
das Café für
Veranstaltungen und Feste
gemietet werden.

8. März 1999 – Internationaler Frauentag

Was bewegt sich noch in der Bewegung?

Unter dem Motto 'Frauen auf dem Weg ins 3. Jahrtausend' finden auch dieses Jahr wieder zahlreiche Veranstaltungen anlässlich des Internationalen Frauentages statt. Es fällt auf, daß der 'Internationale Frauentag' zwar vermehrt von städtischen Institutionen und politischen Parteien aufgegriffen und funktionalisiert wird, der ursprünglich widerständige, widerspenstige und internationale Geist dieses Tages dabei jedoch immer mehr verloren geht.

Viele Frauen und Mädchen betrachten sich schon lange nicht mehr als Unterdrückte, verbinden sie doch damit, daß Frau von Mann geschlagen, gedemütigt, verschleppt und verkauft wird. Die alltägliche Unterdrückung von Frauen, die sich weitaus vielfältiger und oftmals unbewußt manifestiert, gerät immer mehr aus dem Blickfeld. Auch das Gefühl vieler Frauen, sie würden nicht unterdrückt werden, ändert nichts an der Tatsache, daß laut UNO 2/3 aller Arbeit weltweit von Frauen geleistet wird, sie aber nur 1/10 des Welteinkommens erhalten und nur über 1/100 der Produktionsmittel kontrollieren. Die Welt wird von Männern regiert, von weißen Männern, – und Frauen tun ihr Bestes dafür, daß dies auch so bleibt!

Frauenpolitik für Wilz und Uibel...

Besonders augenfällig wird diese Tatsache bei Betrachtung einer Broschüre der FrauenUnion. Ja, auch die CDU verfügt mittlerweile über eine Frauengruppe, wahrscheinlich um die frauenfeindliche Politik dieser Partei gekonnt zu verschleiern. So hatte die FrauenUnion nichts besseres zu tun, als in der von ihnen herausgegebenen Broschüre zur Bundestagswahl tausendfach für "ihren Mann" – Herrn Wilz zu werben. Frauenbelange fielen völlig unter den Tisch, die mußten für den Platz der Fotos von Herrn Wilz weichen.

Aber auch die sozialdemokratischen Frauen (AsF) überraschen (oder auch nicht) die kritische Frau und vielleicht auch so manchen Mann. Zum Frauentag laden sie zum Thema ein: "Was bringt die modernisierte Stadtverwaltung den Bürgerinnen und Bürgern der

Stadt?" Auf dem von der AsF verteilten Veranstaltungshinweis ist der große Verfechter der Frauenrechte Oberbürgermeister Uibel abgebildet, der vermutlich darüber berichtet wird, daß die Putzfrauen der Stadt Solingen demnächst einem privaten Putzdienst unterstellt sind, der aus ihnen flexibel und ganz effizient noch *mehr* herausholt.

Frauen sind zu lieb...

Aber auch sonst haben die meisten Veranstaltungen zum diesjährigen Frauentag nicht wesentlich Besseres zu bieten. Irgendwie wirkt das Angebot sehr verkrampft und zwanghaft, als würde den Frauen schon lange nicht mehr einfallen, was sie außer dem Wunsch nach verbesserter Rhetorik und erprobter Selbstsicherheit sonst noch bewegt. Wo bleiben die verzweifelten Rufe der Mütter und Hausfrauen, der Doppel- und Dreifachbelasteten, der von Sozialhilfe lebenden Rentnerinnen und der von Abschiebung bedrohten Frauen nichtdeutscher Herkunft? Es wird Zeit, daß sich die Frauen ihrer Benachteiligungen und Diskrimi-



**Frauendemo gegen den §218
im März '74 in Frankfurt/Main**

nierungen wieder mehr besinnen, aber auch ihre eigene Eingebundenheit und Mittäterinnenschaft in diesem herrschaftsorientierten System erkennen und kontrovers diskutieren. Zu lieb sind die Frauen geworden – auch untereinander –, zu sanft ihre Politik und zu angepasst ihr Ruf nach Gleichstellung. – Frauen auf dem Weg ins 3. Jahrtausend...?

Eva Thomas



Veranstaltungen

- 1.-20. März:** "Bilderlust" - Fotoausstellung des Frauenfotokurses im Rathaus Cronenberger Straße im Erdgeschoß
- 3. März:** "Geschichte des Internationalen Frauentages" Frauengruppe Courage 19.00 Uhr Frauencafé Courage, Klemens-Horn-Straße 3
- 5. März:** "Rhetorik und Selbstsicherheit" Bildungswerk Bergisch-Land der AWO, Lennastraße
- 6. März:**
- ★ Informationsstände und Aktionen in der Innenstadt 10.00-12.00 Uhr
 - ★ "Fünf Jahre Frauencafé", Geburtstagsfeier vom Café und Fest zum Internationalen Frauentag, Essen, Sketche, Lieder ab 12.00 Uhr Frauencafé Courage, Klemens-Horn-Straße 3
- 8. März:**
- ★ UAFG/ Themen: Haushalt, ProFamilia, Prostitution 16.15 Uhr bei ProFamilia Wilhelmstraße
 - ★ "Zukunft gestalten - Zeit neu verteilen!" Veranstaltung der Gewerkschaftsfrauen, Musik, Tanz, Sketche, gute Laune um 19.30 Uhr im DGB-Haus, Kölner Straße
 - ★ Mädchenparty, 15 - 20 Uhr, Jugendzentrum Fuhr, Fuhrstr. 1
- 9. März:**
- ★ Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Mädchen WenDo- Schnupperkurs im Rahmen der Agenda-Detektive von 15.00 - 18.00 Uhr im Haus der Jugend Dorper Straße
 - ★ "Was bringt die modernisierte Stadtverwaltung den BürgerInnen der Stadt?" Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, zum Alten Brunnen, Schlagbaumer Straße 56 a
- 11. März:** Familienpolitik der Zukunft mit Margot von Renesse, MdB VHS und Gleichstellungsstelle
- 16. März:** Internet-Kurs für Frauen Bildungswerk der AWO und Gleichstellungsstelle
- 18. März:** "Nur ein Kavaliersdelikt?" Informationsveranstaltung zum Thema "Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz" von Frauen helfen Frauen e.V., IG Metall, VHS und Gleichstellungsstelle, 19.30 Uhr Albrechtstraße 3
- 25. März:** Altersvorsorge - ein Thema auch für Frauen, 19.30 Uhr im BBZ, Am Neumarkt 50a, Referentin: Brigitte Ommeln

Aus für Wanderkirchenasyl?

Kurdische Flüchtlinge akzeptieren "Einzelfalllösung"

Fast auf den Tag genau ein Jahr nach der Geburtsstunde des Wanderkirchenasyls scheint auch dessen Ende gekommen zu sein. Am 22. Januar haben die kurdischen Flüchtlinge die vom Innenministerium NRW vorgeschlagene und bis dahin vehement abgelehnte erneute Einzelfallprüfung akzeptiert. Dabei schien bei den Gesprächen zwischen VertreterInnen der Flüchtlinge - den beteiligten evangelischen Kirchengemeinden und dem Kölner Netzwerk *kein mensch ist illegal* - und dem Vertreter des Innenministeriums NRW eine „formale“ Einzelfallprüfung möglich zu sein. Das heißt, die zuständigen Ausländerbehörden sollten bei der Überprüfung der Überprüfungen das Ziel verfolgen, den Schutz aller TeilnehmerInnen des Wanderkirchenasyls

"Wer sich ohne Kirchgang im Rahmen seiner Möglichkeiten für soziale Gerechtigkeit und Solidarität engagiert, ist wohl kaum a priori weniger "christlich" als derjenige, der bei jeder Sonntagsmesse in der ersten Reihe sitzt und hinterher per Federstrich die Deportation von Folteropfern anordnet, die in der Kirche Unterschlupf gefunden haben."

Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Brief an den ehemaligen Präses der Synode der EKD und SPD-MdB Dr. Jürgen Schmudeim Oktober '98

zu gewährleisten. Doch zu einem solchen Gruppenschutz über den Weg einer formalen Einzelfallprüfung ist es nicht gekommen. Die in den nächsten Tagen beginnenden Prüfungen sind noch nicht einmal "wohlwollende", wie es abschließend vom Vertreter des Innenministeriums zugesagt wurde und auch in einem Runderlaß an die Ausländerbehörden auftauchen sollte. Für die inzwischen 400 Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl bedeutet dies:

- sie unterziehen sich einer ganz "normalen" Einzelfallprüfung
- diese Regelung gilt nur für die aus NRW stammenden Flüchtlinge (für die etwa 30% "auswärtigen" Flüchtlinge soll den jeweiligen Innenministerien ein ähnliches Verfahren empfohlen werden)

Diese Form der Einzelfallprüfung wurde vom Innenminister bereits im Sommer und im Herbst 1998 angeboten und damals noch von den Flüchtlingen, den Kirchengemeinden und der Kampagne abgelehnt. Der einzige Unterschied zu den damaligen „Angeboten“ besteht darin, daß sich zur Vorbereitung der jetzigen Einzelfallprüfung eine Kommission gebildet hat - bestehend aus je zwei Grünen/SPD und VertreterInnen der Kirchengemeinden und der Flüchtlinge. Diese soll sich als Anwältin der Flüchtlinge verstehen und vor den zuständigen Ausländerbehörden deren Anliegen auf ein Bleiberecht vertreten. Diese Kommission scheint auch der Hauptgrund für die Zustimmung von Seiten der Flüchtlinge zu sein, da nach Meinung der Grünen so für den Großteil

der Flüchtlinge ein Bleiberecht durchgesetzt werden könne.

Aus den Anfängen

Begonnen hatte das Wanderkirchenasyl am 21. Januar 1998, als 21 "illegale" Menschen in der Kölner Antoniterkirche Unterschlupf fanden. Seitdem zog eine stetig wachsende Zahl von Flüchtlingen im Wochen- oder Monatsrhythmus durch die am Ende über 80 beteiligten Kirchengemeinden in ganz NRW, um dort Zuflucht zu finden. Die Unterbringung erfolgt weitgehend selbständig durch regionale Zusammenschlüsse katholischer und evangelischer Kirchengemeinden, so daß die Menschen "nur" noch innerhalb eines bestimmten Gebietes ihren kirchlichen Aufenthaltsort wechseln. Die UnterstützerInnen sehen für sich eine

besondere, persönliche Verpflichtung gegenüber den Flüchtlingen - sie wollen AnsprechpartnerInnen sein, die medizinische Versorgung gewährleisten, den Schulbesuch der Kinder organisieren und mit Behörden und politischen Institutionen verhandeln. Flankiert werden diese Forderungen von öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie z.B. einer gemeinsamen Schifffahrt der Flüchtlinge von Köln nach Düsseldorf ("Wir tauchen auf"). Koordiniert wird das Ganze vom Kölner Netzwerk *kein Mensch ist illegal*.

Doch die ständigen Angriffe auf die Beteiligten des

Wanderkirchenasyls von innen (Teile der Kirchen) und außen zeigten auf Dauer ihre Wirkung. Die Flüchtlinge wurden immer

häufiger von Verhaftungen, Abschiebung und lancierten Räumungsdrohungen von schutzgewährenden Kirchengemeinden zermürbt. Über ihr Schicksal wurden sie all die Monate im Unklaren gelassen, Angst und Ungewißheit prägten ihre Lebenssituation. Infolgedessen besetzten 100 KurdInnen im Januar '99 die Landesgeschäftsstelle der Grünen in Düsseldorf und traten in einen Hungerstreik. Gefordert wurde ein Ende der repressiven Flüchtlingspolitik der rot-grünen Landesregierung und die Realisierung der Ziele der Kampagne *kein Mensch ist illegal*: die Wiederherstellung eines gesicherten Aufenthalts- und Rechtsstatus für Illegalisierte, die Anerkennung aller KurdInnen als Bürgerkriegsflüchtlinge nach der Genfer Konvention, verbunden mit einem 6-monatigen Abschiebestopp und einem anschließenden dauerhaften Bleiberecht für die gesamte Gruppe.

Was nun?

Doch leider konnte keine der Bedingungen realisiert werden, vielmehr wurden wie oben erwähnt die Bedingungen des Innenministeriums akzeptiert. Die UnterstützerInnen haben allerdings noch nicht aufgegeben. Die Flüchtlinge sind weiterhin als Gruppen untergebracht und wechseln nach einem bestimmten

**kein
mensch
ist
illegal**

Kontakt: Kölner Netzwerk
kein mensch ist illegal
c/o Kölner Appell-Allerweltschhaus
Körnerstr. 77-79, 50823 Köln
Tel.: 0221-31 70 91
Fax: 0221-331 87 52
<http://www.stadtrevue.de/kmiil/>



»Politik verfehlt? Da liebe Grüte, das behaupten alle, was wir brauchen sind glaubhafte Beweise!«

Zeitraum ihren Aufenthaltsort. Die Arbeit der Kommission soll ebenso unterstützt werden, wie die nicht in NRW lebenden "Illegalen". Und letztendlich sollen die jetzt noch neu dazukommenden Flüchtlinge ebenso weiter betreut werden wie diejenigen, die bei den Einzelfallprüfungen durch das weitmaschige Netz fallen werden.

"In Kurdistan stehen uns nur drei Wege offen: Die Armee, das Dorfschützertum oder das Gefängnis. Uns bleibt nur die Wahl, als Soldaten auf unsere Brüder und Schwestern zu schießen, als Dorfschützer in unserem eigenen Heimatort die Waffen des Staates zu tragen oder ins Gefängnis geworfen zu werden, wo sie uns durch Folter von unseren Ideen abbringen wollen."

Hasan Calhan, Sprecher der kurdischen Flüchtlinge im Kölner Kirchenasyl

Daß es für die Zukunft dennoch Anlaß zur Hoffnung gibt, zeigen diverse Gerichtsurteile, die bevorstehende Abschiebungen von KurdInnen aufgehoben haben. Ein exemplarisches Beispiel hierfür ist die Geschichte von Aziz Hayaitli. Aziz flüchtete 1992 aus der Türkei aus Furcht vor Verfolgung wegen seiner politischen und prokurdischen Aktivitäten. Sein Asylantrag wurde trotzdem abgelehnt und die Abschiebung in die Türkei 1997 vollzogen. Unmittelbar nach der Landung wurde er noch im Flugzeug von der türkischen Polizei festgenommen. Die Behörden verhörten ihn vor allem wegen seines politischen Engagements in Deutschland - er sollte die Namen seiner politischen Freunde verraten. Mit Videomaterial, das ihn bei einem öffentlichen Hungerstreik in Köln zeigt, setzten sie ihn massiv unter Druck. Freigelassen wurde Aziz erst, nachdem er unter Folter seine Mitarbeit als Spitzel

in einem Dokument unterschrieb und ein Familienangehöriger aus Istanbul eine "Kautions" bezahlte. Nach der darauffolgenden monatelangen Verfolgung in seiner Heimat durch die türkische Polizei gelang ihm schließlich im Januar '98 die erneute Flucht nach Deutschland. Doch wieder wurde sein Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt und im Oktober veranlaßte die Dürener Ausländerbehörde seine Abschiebehaft. Ende November '98 kam schließlich doch noch das (vorläufig) positive Ende: das Dürener Verwaltungsgericht nahm den Asylfolgeantrag wegen seiner Teilnahme am Wanderkirchenasyl und der



damit drohenden Folter und Verfolgung in der Türkei an, und Aziz wurde freigelassen.

Ernie

„Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“
(Elie Wiesel)

Mit dem Appell *kein Mensch ist illegal* starteten im Juni '97 unterschiedliche Gruppen aus dem autonomen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich eine bundesweite Kampagne zur offensiven Unterstützung von illegalisierten Flüchtlingen und MigrantInnen. Inzwischen beteiligen sich mehr als 200 Gruppen und Organisationen und über 2000 EinzelunterzeichnerInnen an dem Appell. Ziel der langfristig angelegten Kampagne ist es, bereits bestehenden lokalen Projekten politische Rückendeckung zu geben - nicht zuletzt zum Schutz vor einer Kriminalisierung. Gleichzeitig stellt sie den Versuch dar, der Hetze gegen "illegalisierte" praktische Solidarität entgegenzusetzen und damit politisch in die Offensive zu gehen.

Neben den UnterstützerInnengruppen beteiligen sich die Selbstorganisationen der MigrantInnen und Flüchtlinge immer stärker an der Kampagne. So zog in den Wochen vor der Bundestagswahl die "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" von Bremen aus durch 45 Städte im gesamten Bundesgebiet, um gegen Abschiebungen, gefängnisähnliche Flüchtlingslager und alle Formen von Rassismus zu demonstrieren. Das Projekt wurde vom Internationalen Menschenrechtsverein Bremen koordiniert, und bundesweit aktiv unterstützt von Flüchtlingsorganisationen wie Yek-Kom, WTM, IFIR, ADHF, the voice, sowie dem Anti-Rassismusbüro Bremen und den lokalen Gruppen von *kein Mensch ist illegal*.



Solingen - Werwolf 28 - Tel.: 20 54 65

**MESSE-
STÄNDE**

Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert

alfa

alfa Messebau
Augustinerstr. 18
42719 Solingen
Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59

Stell dir vor: Du trägst eine grün-gelb-rote Stofftasche und eine Videokamera – und wirst verhaftet! Ein Tatsachenbericht

Seit 1984 habe ich regelmäßig die Türkei besucht, bin viel herumgekommen. Ich habe Arbeiter in Textilmanufakturen getroffen, Busbegleiter, Kellner und Bauarbeiter in den touristischen Gebieten, die meisten von ihnen Kurden in primitiven Unterkünften und schlechtbezahlten Jobs – oft die einzige Geldquelle für die (Groß-) Familien in den völlig unterentwickelten bzw. zerstörten Heimatregionen. Mit vielen von ihnen habe ich gesprochen, ihren wunderschönen Geschichten gelauscht; sie haben mir Tee angeboten, mit mir ihr Essen geteilt: 3 Eier, 7 Brote, rohe Zwiebeln und Tomaten – für 7 Personen wohlgekerkt, von denen 6 schwere Arbeit auf einer Hotelbaustelle leisteten, 12 – 14 Stunden pro Tag.

Im Oktober 1990 reiste ich zum ersten Mal nach Kurdistan. Zusammen mit einem Freund besuchte ich dessen Dorf nicht weit von der syrisch-irakischen Grenze (nach türkischer Lesart: Südosten der Türkei). Das Dorf besteht aus ca. 10 Lehmhäusern, wegen Wassermangels gibt es kaum Gärten, einige Tiere, keinen Einkaufsladen, eine Grundschule der Klassen 1-5, viele Kinder aller Altersstufen, Frauen, ältere Männer.

Nach einigen Tagen wollen wir in die nahegelegene Grenzstadt fahren und unter anderem historische Stätten auf kurdischem Boden besuchen. Meine beiden Freunde schlagen meine Bedenken, eine Videokamera mitzunehmen, in den Wind. Es herrscht Ausnahmezustand, d.h. verschärfte Kontrolle des gesellschaftlichen und politischen Lebens durch das türkische Militär (u.a. Ausgangssperre ab 18 Uhr). Ausnahmezustand kenne ich als Wort, aber was es tatsächlich bedeutet, erfahre ich später.

Wir warten seit fast einer Stunde an der schnurgeraden "Erdöl"-Straße auf einen Bus. Das Embargo gegen den Irak läßt die wichtigste Handelsstraße von Cizre direkt an der

verminten syrischen Grenze entlang nach Iskenderun (türkischer Überseehafen für Erdöl am Mittelmeer) zu einem toten Asphaltband verkommen. In normalen Handelszeiten kann ein Fußgänger die Straße kaum überqueren. Die stillgelegten LKWs der Dorfbewohner dienen den Kindern als Spielzeug. Cizre ist übrigens die Grenzstadt zu Irak und Syrien, in der anlässlich des Newroz-Festes (kurdisches Frühlingsfest) 1992 Polizei und Militär, ausgerüstet u. a. mit deutschen Panzern, ein Blutbad anrichteten.

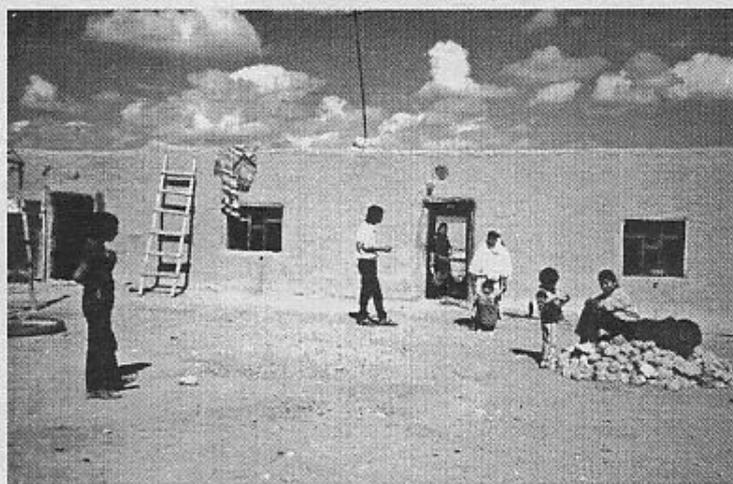
Endlich hält ein LKW-Fahrer: "Kommt sowieso kein Bus." Wir steigen ein. Unendlich weites, karges, kaum besiedeltes Land, unverhältnismäßig viele Polizeistationen mit türkischer Flagge und ernsten Uniformierten mit geschultertem Maschinengewehr.

Wir steigen aus. Erste Station ist eine Teestube am Ende einer belebten Geschäftsstraße, viele Uniformierte, wenige Passanten. Wir treten auf die Straße, gehen ein Stück, plötzlich ein kleiner Menschaufmarsch, Gestößenwerden in einen ziemlich großen Raum: Stoffballen, Ladenleute, Polizei. Mein Freund und ich stehen jeweils von Uniformierten umringt in zwei verschiedenen Ecken des Ladens und werden verhört. Der Bruder hat sich aus dem Staub gemacht. Fragen an mich: Was machen Sie hier? Gibt es keine schöneren Gegenden in der Türkei? Warum haben Sie

nem massiven Holzstock auf den Kopf, er verschwindet.

Man ist mit unseren Aussagen nicht zufrieden, uns erwartet ein "Kamera-Spezialist" auf der Polizeistation. Warten auf das Polizeiauto. Miteinander sprechen verboten.

Polizeistation: Kameraspezialist ohne Bildschirm, Videogerät, stellt freundlich, aber bestimmt viele Fragen. Ich rede, rede, verwick-



Dorfszene im Südosten der Türkei

eine Kamera mitgebracht? Woher kommen Sie? Wer ist Ihr Begleiter? Wo wohnen Sie hier? Wissen Sie nicht, daß man hier nicht fotografieren darf?...? Währenddessen ist mein Freund, der die Videokamera trägt, in einer dunklen Ecke des Stoffladens von Uniformierten umringt... Ein Junge steckt seinen Kopf zur Ladentür herein, ein harter Schlag mit ei-

ne ihn in ein Gespräch über Tourismus. Wie hilfreich sind meine Türkisch-Kenntnisse. Ich zähle zuletzt 17 unterschiedliche Sicherheitsbeamte um unseren Tisch. Diese Ansammlung verliert sich um die Mittagszeit.

Ich werde nach meinem grün-gelb-roten Stoffbeutel (kurdische Nationalfarben) befragt: Wo, von wem gekauft? Ich erkläre, daß die Farben auch die Äthiopiens, des Reggae (Bob Marley) sind. Da sind die Herren ein wenig verunsichert. Nach stundenlangem Warten auf den Hauptkommissar Rückgabe der Kamera und Speißrutenlaufen durch ein Spalier bis an die Zähne bewaffneter Uniformierter. Zu meinem Freund gewandt: "Laß dich bloß hier nicht nochmal sehen, nochmal kommst du hier nicht weg..."

Wir nehmen die Beine in die Hand, schlüpfen in ein Haus von Verwandten, ein Taxi bringt uns ohne Zwischenfall zurück. Der Bruder ist unverseht ins Dorf gelangt – lange vor uns. Den Empfang der schreienden, weinenden, lachenden, umarmenden Frauen werde ich nie vergessen!

Es wäre nicht das erste Mal, daß Menschen auf diesem Weg hinter Gefängnismauern verschwinden – Hinter welchen, wie lange, eine Rückkehr ist nie garantiert.

Ros'hat

LESBENTELEFON

Infos und Beratung
mo 20 – 22 Uhr

0202 /
44 08 08

Chiapas - Versuch einer demokratischen Revolution

Mexico, 1. Januar 1994: In Chiapas, einer der ärmsten Provinzen im Süden des Landes, greift eine Armee von einigen tausend Mayas, Männern und Frauen, zu den Waffen und besetzt die

Stadt San Christobal und weitere wichtige Orte. Die Forderungen dieser "Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee" (EZLN) klingen für uns eher banal: Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, Land, Arbeit, Wohnung, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Unabhängigkeit, Frieden. Zwar zwingt die mexicanische Armee die Rebellen, sich in die Berge und den Lacandonen-Urwald zurückzuziehen, aber ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung steht bis heute loyal zur den "Zapatisten"; die einen unaufhörlichen Demokratisierungsprozess in Gang gesetzt haben - und das in einem Land, das seit fast 70 Jahren von derselben Partei (PRI) autoritär regiert wird.

Diese erste "postkommunistische Revolution des 21. Jahrhunderts" (Carlos Fuentes), die in der Welt großes Interesse, aber auch Unverständnis hervorgerufen hat, soll dieses Jahr ein Schwerpunktthema der tacheles sein.

Mexico erweckte in den letzten Jahrzehnten, in denen die Staaten Mittelamerikas in Diktaturen und Bürgerkriegen versanken, nach außen den Anschein einer relativ stabilen

Familien den Reichtum des Landes, deren Mitglieder auch meist die wichtigen Positionen in der PRI besetzen. In den 30er Jahren nahm Mexico Flüchtlinge vor dem Naziterror aus Europa auf und unterstützte die Spanische Republik von 1936 bis 1939. Andererseits wurde gegen die Opposition im eigenen Land immer rigoros vorgegangen. Als es zu Studentenunruhen gegen die Olympischen Spiele 1968 in Mexico kam, wurden diese blutig niedergeschlagen und endeten mit einem Massaker an den StudentInnen auf dem Tlatelco-Platz in Mexico-City.

Die Situation in Mexico hat sich gerade für die ärmeren Bevölkerungsteile in den letzten Jahren sehr verschlechtert. So sind z.B. die Todesfälle infolge von Unterernährung in den letzten 10 Jahren um 600 % gestiegen.

In Chiapas sterben an heilbaren Krankheiten wie Durchfall und Cholera jährlich 15.000 namenlose Männer, Frauen und Kinder. Das Recht, ejidos zu bewirtschaften, wurde immer mehr zu Gunsten der Großgrundbesitzer eingeschränkt, um das Land fit für den Weltmarkt zu machen. Auf Druck der Weltbank wurde der mexicanische Markt geöffnet und die Einnahmen der staatlichen Ölgesellschaft

PEMEX zur Rückzahlung der Auslandsschulden verpfändet. Ausländische Investitionen wurden vermehrt ins Land geholt. In Mexico investieren deutsche Firmen mehr Milliarden als in jedem anderen "Schwellenland", um so den freien Zugang zum US-amerikanischen Markt zu haben. So wird z.B. der neue VW-Beetle in Mexico produziert.

Mexico hat in den letzten Jahren eine Tourismusindustrie aufgebaut, bei der vor allem mit der Geschichte der indigenen Hochkulturen (Maya, Azteken) geworben wird.

Mit dem Tag des Aufstandes glaubt die Regierung, endlich den Schritt in Richtung Erste Welt geschafft zu haben - seit dem

01.01.1994 gehört Mexico neben den USA und Canada zur Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA. Die EU versucht, unter Führung der Bundesregierung, mit Mexico ein Freihandelsabkommen auszuhandeln.

"Nationale Souveränität beruht im wesentlichen und ursprünglichen auf den Menschen. Alle politische Macht geht von den Menschen aus und hat das Ziel, den Menschen zu helfen. Die Menschen haben das unveräußerliche Recht, ihre Regierungsform zu verändern oder zu modifizieren."

Artikel 39 der mexikanischen Verfassung

Mit dem Beginn des Aufstandes scheint jedoch das System als Ganzes in Frage gestellt. Die Forderungen der EZLN, wie Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Landreform, nationale Souveränität beruhen auf der

mexikanischen Verfassung. Weitere Forderungen, wie die Anerkennung der ethischen Rechte der indigenen Urbevölkerung, den Stopp des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen sowie die Befreiung der Frau finden bei Teilen der Bevölkerung große Zustimmung. Die AnhängerInnen der EZLN haben es geschafft, Siedlungen (zur Zeit 38 Ortschaften) unter autonomer Verwaltung zu gründen, auch wenn die Staatsgewalt immer wieder gegen diese vorgeht. Die EZLN ist sich bewußt, daß sie einen militärischen Konflikt mit der mexikanischen Armee nicht gewinnen kann. Sie setzt daher bewußt auf die Öffentlichkeit, um so Änderungen innerhalb des mexikanischen Systems zu erreichen.

Der Konflikt, der mittlerweile auf andere Provinzen übergreifen hat, in denen immer neue Rebellengruppen aktiv werden, hält mittlerweile seit 5 Jahren an und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Militarisierung der Gesellschaft greift immer weiter um sich. Regelmäßig kommt es zu Menschenrechtsverletzungen durch Militär, Polizei und paramilitärischen weißen Gardien, die im Auftrag der Großgrundbesitzer handeln. So wurde in den Weihnachtstagen 1997 in Acteal 45 ZivilistInnen getötet, größtenteils Frauen und Kinder. Italienischen Fotografen zufolge stand die Polizei in Hörweite, griff jedoch nicht ein. Eine Verurteilung der namentlich bekannten Täter findet nicht statt. Mexico gehört mittlerweile zu den Ländern mit den meisten Menschenrechtsverletzungen (siehe ai-Auszug). Die Vereinten Nationen haben Mexico auf den ersten Platz einer Liste von Ländern gestellt, in denen Menschenrechte der Ursprungsbevölkerung und der nationalen Minderheiten verletzt werden.

Die Forderungen der EZLN haben die Öffentlichkeit in Mexico erreicht, wie Demonstrationen, z.B. in Mexico-City mit 100.000 Menschen verdeutlichen. Immer wieder



Demokratie. Die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) hielt sich, oft durch Wahlbetrug, an der Macht. Die Regierungszeit war durch vielerlei Widersprüche geprägt. Die nationale Souveränität gegenüber der USA wurde herausgestellt. So war Mexico eines der wenigen Länder Lateinamerikas, welche trotz Druck der USA nie die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abbrachen. Die Erdölindustrie, welche Anfang des Jahrhunderts im Besitz von US-Konzernen war, wurde Mitte der 30er Jahre im nationalen Interesse verstaatlicht. Die landlose Bevölkerung hat das Recht, auf Gemeindeland (ejidos) Landwirtschaft zu betreiben. Andererseits teilen sich ca. 2000

werden ausländische freie Beobachterinnen ausgewiesen. Wenn diese Revolution in Mexico auch weiterhin das aktuelle Tagesgeschehen beeinflusst, so gerät sie in der Weltöffentlichkeit in Vergessenheit. Ohne blutige Gewalt mit entsprechenden vielen Toten ist eine Revolution für die Weltpresse halt uninteressant. Auch kann nicht die Rede davon sein, daß es bisher von Europas "Linken" zu ähnlichen Solidaritätsbekundungen wie in der 80er Jahren mit El Salvador oder Nicaragua gekommen wäre. Dies mag mit den fehlenden ideologischen Zielen der EZLN zusammenhängen. Vielleicht hat man sich bei uns auch zu sehr daran gewöhnt, daß die kapitalistische Marktwirtschaft den Globus bis in den letzten Winkel beherrscht, Menschen privilegiert und ausschließt, Wohlstand mehrt und vorenthält. Der Aufstand der Zapatisten kann uns zeigen, daß es nicht darum geht, fertige Rezepte umzusetzen, sondern daß es vielleicht doch eine Alternative zu der toten repräsentativen Demokratie sowie einer erbarungslosen Marktwirtschaft gibt. **Dirk**

Mexico im Spiegel der Statistik von amnesty international (ai)

In Mexico finden 8 von 10 von ai kategorisierte Arten von Menschenrechtsverletzungen statt. Mexico ist eines von 55 Ländern wo Massenhinrichtungen stattfinden, eines von 33 in dem "Verschwindenlassen" registriert wird, eines von 117, wo Folter systematisch angewendet wird, eines von 41 Ländern, wo es vorkommt, daß Folteropfer anschließend nicht medizinisch betreut werden. Mexico ist unter 86 Ländern wo es politische Häftlinge gibt, unter 53 Ländern in den es zu willkürlichen Verhaftungen kommt sowie unter 30 Ländern, wo Menschenrechtsverletzungen durch Oppositionsgruppen begangen werden.

Infos

Wer mehr erfahren möchte und aktuelles Interesse an der Situation in Chiapas hat, hier einige Infos:

- ★ "Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas" Topitas (Hrsg.), Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg
- ★ "Mexico-Aufstand in Chiapas", Andreas Simmen (Hrsg.), Verlag Edition ID-Archiv, Berlin
- ★ "Die Rebellion der Habenichtse", Der Kampf für Land und Freiheit gegen deutsche Kaffeebarone in Chiapas, Boris Kanzleiter / Dirk Pesara, Verlag Edition ID-Archiv, Berlin
- ★ "Der Indio-Aufstand in Chiapas", Gerold Schmidt, Knauer-Verlag, München

Aktuelle Informationen im Internet unter:
<http://www.antifa.net/autoantifa/chiapas.htm>

Revolution und Demokratie

Die Chiapas-Variante

Ziel einer Revolution ist es nach Max Weber¹, daß Gruppen mit neuen sozio-politischen Ordnungsentwürfen politische Handlungspolitiken gegen den Willen der vorherigen Positionsinhaber zu ergreifen suchen. Hintergrund dieser Definition ist, daß im Entwicklungszeitalter die bäuerliche Revolution durch die ideologische Revolution abgelöst wurde, deren Ziel nicht selten darin lag, der bessere Modernisierer, der bessere Entwickler zu sein. Sowohl in Europa als auch in den lateinamerikanischen Ländern (z.B. Nicaragua, El Salvador, Cuba) waren diese Definitionen Kernziele der jeweiligen Revolutionen in den letzten Jahrzehnten.

In diesem zentralen Punkt unterscheidet sich die EZLN von anderen Befreiungsbewegungen Central-Amerikas: Sie strebt nicht nach der Macht. Die Zapatisten fordern die Erfüllung von Grundbedürfnissen wie Nahrung, Gesundheit, Bildung, ohne daß dies mit der Heilsversprechung verbunden ist, die RevolutionärInnen könnten dies alles selbst garantieren, wären sie nur erstmal an der Macht. Die EZLN fordert von der Regierung in Mexico nichts Geringeres als die Selbstauflösung, ohne den Anspruch zu erheben, an ihre Stelle treten zu wollen.

Befragt man sich näher mit den Erklärungen der EZLN, so muß man feststellen, daß Demokratie für sie kein Selbstzweck ist und als ideologische und juristische Kategorie auch nicht wichtig für ihre Anliegen ist. Demokratie ist vielmehr der machtpolitische Hebel, über die sie das wirtschaftliche und politische Establishment der PRI beseitigen und jede nachfolgende Zentralgewalt neutralisieren will. Die Zapatisten akzeptieren, daß es diese Zentralgewalt wieder geben wird, wollen sich selbst aber nicht um sie bemühen. Demokratie soll vielmehr die Wiedergewinnung ihrer Lebensräume und die Autonomie ihrer Gemeinschaften ermöglichen. Diese Autonomie - und nicht etwa der fürsorgliche Sozialstaat - soll ihnen die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ermöglichen. Demokratie bedeutet hier also nichts anderes als Entstaatlichung.

Mit diesem "Demokratieverständnis" ist die EZLN in der Analyse der globalen Gesellschaft wahrscheinlich weiter als wir bei uns in Europa, wo dieses Verständnis von Demokratie als Machtregulativ abstrakter Zentralgewalten für Verwirrung sorgt. Betrachtet man aber die gesellschaftliche Situation in Mexico, die auch auf Europa übertragbar wäre, ist dieses Verständnis von Demokratie durchaus verständ-

lich. In Mexico hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Kluft zwischen der politischen Klasse und der Mehrzahl der Bevölkerung aufgetan, die mit dem Mittel der repräsentativen Demokratie kaum noch zu überbrücken ist. Die hohe Politik, verstanden als Verwaltung der Nationalökonomie, verlor ihre Legitimität im Inneren und sucht dies durch wirtschaftliche und politischen Allianzen mit den Eliten des Auslandes auszugleichen. Durch das Abtreten hoheitlicher Funktionen von Staaten an supranationale Einheiten, wie dem GATT oder der NAFTA (oder der EU) geht die integrative Politik der Nationalstaaten verloren. Die repräsentative Demokratie gerät dabei unter Druck und verliert ihre Schutzschirmfunktion gerade für die ärmeren Bevölkerungsschichten. Wenn diese dann zum Mittel der direkten Demokratie greifen, so ist das keine Absage an die repräsentative Demokratie, sondern die Konsequenz aus deren Pervertierung oder Korruption. Das Mittel der direkten Demokratie wird also dort eingesetzt, wo die Mittel der repräsentativen Demokratie



versagen. Daß die Zapatisten hierbei als Armee und nicht als gewaltfreie Armee auftreten, resultiert daraus, dass die Gewaltlosigkeit in einem Land wie Mexico nur für diejenigen ein politisches Konzept sein kann, die auch in der Lage zur Gewaltausübung sind.

Ob diese Art der Revolution von Erfolg beschieden ist, muß offen bleiben. Auch wenn sie es nicht schafft, dem Staat substantielle Zugeständnisse abringen zu können, so hat sie zumindestens zeitlich und örtlich beschränkt den Kampf des Überlebens in eine Möglichkeit des Lebens umgewandelt. Die Revolution in Chiapas sollte auch als Aufforderung verstanden werden, aus den globalen Zukunftsträumen von NAFTA und EU in die Gegenwart von Anliegen, Bedürfnissen und Notwendigkeiten konkreter Menschen zurückzukehren.

Dirk

¹ einer der bedeutendsten Soziologen unseres Jahrhunderts (1864 - 1920)



Fusionieren? Verkaufen?

M. Krause (Fraktionssprecher der Solinger Grünen) über die Zukunft der Stadtwerke

Von der Fusion zur Konfusion" könnte man spöttisch den Diskussionsprozeß über die Zukunft der Stadtwerke im Bergischen Land beschreiben. Ein Lehrstück, wie schädlich die Energieliberalisierung für die Stadtwerke ist und wie die Ökologie unter die Räder zu kommen droht.

Eines der Vorzeigeprojekte ist bzw. war der geplante Zusammenschluß der bergischen Stadtwerke Hilden, Remscheid, Solingen, Velbert, und Wuppertal. Allesamt sind sie noch zu 100% stadteigen, zudem besitzen sie ihre, oft erst vor wenigen Jahren gekauften Stromnetze, die größeren unter ihnen haben gute Förderprogramme zur kostendeckenden Vergütung von regenerativen Energien. Insgesamt geht es um ein Versorgungsgebiet von rund 750.000 EinwohnerInnen, das im Bundesvergleich bei den "unabhängigen" Gebieten unter den ersten zehn liegen würde. Tonangebend, auch in der Fusionsdebatte, sind die Stadtwerke Wuppertal AG, die ca. 380.000 EinwohnerInnen versorgen.

Ausgangspunkt der Fusionsüberlegungen war ein an die Wirtschaftsberatungs AG Wibera vergebenes Gutachten der Stadtwerke-Geschäftsführungen der fünf beteiligten Stadtwerke im Jahr 1997 für ca 1Mio. DM, zu dem die Aufsichtsräte erst gar nicht um Zustimmung gebeten wurden. Nach knapp einjähriger Arbeit legte die Wibera das Ergebnis vor. Es empfiehlt vor dem Hintergrund des neuen Energiewirtschaftsrechts und der Liberalisierung der Strommärkte sowie der daraus resultierenden Risiken (fallende Erlöse und ungesicherter Absatz) die Fusion der bergischen Stadtwerke. Aus einem anfangs so bezeichneten "Kooperationsgutachten" wurde eine knallharte Fusionsempfehlung: Schon im Mai 1998 sollten nach Auffassung der Wibera und der Stadtwerke-Geschäftsführungen die Grundsatzbeschlüsse der Stadträte für die Fusion gefaßt werden.

Das Ergebnis des Wibera-Gutachtens war absolut enttäuschend: die Reflexion umweltspezifischer Auswirkungen unterblieb vollständig, ebenso wie etwa die Potentiale von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Blockheizkraftwerken oder regenerativen Energien noch nicht einmal abgeschätzt, vorhandene städtische Energiekonzepte nicht einbezogen und der Sektor neuer (ökologieeffizienter) Energie-

dienstleistungen nahezu vollkommen ausgeklammert wurde. Auch Abschätzungen zum CO2-Minderungspotential fehlten. Wurden die Verantwortlichen der Wibera darauf angesprochen, entgegneten sie lapidar, daß zunächst die Fusion anstünde und erst dann könne man sich den "Luxus" erlauben, über Ökologie nachzudenken.

Zudem blieben die Grundlagen des Gutachtens - prognostizierte Preisentwicklungen und große Erlöseinbrüche - reine Annahmen. Die unterschiedliche Struktur der beteiligten Stadtwerke wurde nicht weiter analysiert.

Einzig "große Idee" des vorliegenden Gutachtens war der Vorschlag eines gemeinsamen Stromeinkaufs mit einem prognostizierten Einsparpotential von ca. 40 Mio. DM. Das Modell der gemeinsamen Verkehrs-Service-

haltskonsolidierung favorisierte - vergab der Solinger Stadtkämmerer (CDU) zwei Zusatzgutachten zum Wibera-Ergebnisbericht und zwar an das Wuppertal-Institut und die die Verwaltungsreform begleitenden Unternehmensberater (MTP) der Stadt Solingen. Beide Stellungnahmen zum Wibera-Gutachten lehnten aus unterschiedlichen Gründen die Fusionsempfehlung ab. MTP (Martens, Thiel & Partner) betonten, daß eine eigenständige Rolle der Stadt bei der Fusion nicht mehr wahrgenommen werden könnte und sprachen sich für eine weitere Erschließung von Kooperationspotentialen v.a. im Rahmen des "Konzerns Stadt Solingen" aus. Das Wuppertal-Institut kritisierte u.a. die fehlenden Untersuchungen zu neuen Geschäftsfeldern und sprach sich - ebenso wie MTP - für eine baldige Zusammenarbeit in den Bereichen Energiedienstleistungskonzepte, Energiehandel und Energieerzeugung aus.

Erst fusionieren - dann verkaufen

Das Tauziehen in Solingen nahm immer überraschendere Wendungen. Konnten wir zunächst mit der SPD einen rotgrünen Antrag in den Rat einbringen, der eine gemeinsame Tochtergesellschaft zur Energiebeschaffung und zur Durchführung eines gemeinsamen Lastmanagements sowie Konzepte zum Erhalt der Kundenbeziehungen vorsah, zog die gleiche SPD-Fraktion den gemeinsamen Antrag in der letzten Ratssitzung vor der Sommer-

pause 1998 zugunsten von Prüfaufträgen und einer Klausurtagung der Anteilseigner zurück. Letztere wurde wiederum von der CDU-Fraktion kurzfristig abgesagt und alle wurden nervöser. Denn inzwischen hatten sich die SPD-Oberbürgermeister des Bergischen Landes auf eine Fusion verständigt - wie man überhaupt munkelt, daß mit tatkräftiger Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion die Stadtwerke in NRW zu mehreren größeren Regionalversorgern verschmolzen werden sollen. Die vier verbleibenden Stadtwerke gaben ein neues Gutachten (für über 2 Mio. DM) bei einer noch größeren und renommierten Unternehmensberatungsgesellschaft (Arthur Andersen) in Auftrag, um ein Detailkonzept "für die geplante Integration der vier Stadtwerke" zu erarbeiten (strategische Ausrichtung, Unternehmensbewertungen sowie Vorbereitung aller Fusionsverträge bis hin zum Per-

And der Haltestelle nachts um halb eins ...



Öfter wäre besser

Gesellschaft sah hingehen die Einführung einer zweiten Tarifebene dem Wuppertaler Modell (VSG) auch bei den Nachbarstädten Solingen und Remscheid vor, was von grüner Seite bislang als sozial nicht akzeptabel abgelehnt wurde. Die Alternative zur Fusion, nämlich eine Tochtergesellschaft zum gemeinsamen Stromeinkauf, wurde der Wibera anschließend aus dem Entwurf ihrer Ergebnispräsentation - wo sie als zweitbeste Lösung aufgeführt war - gestrichen, obwohl die Wibera genau dies in einem anderen Gutachten 32 schleswig-holsteinischen Stadtwerken empfohlen hatte.

Abweichende Zusatzgutachten in Solingen

Auf unser Drängen - und weil die Solinger CDU-Fraktion seit jeher eine Teilverkaufslösung der Stadtwerke zum Zwecke der Haus-



sonalüberleitungsvertrag). Empfohlen wird inzwischen aus steuerlichen u.a. Gründen eine Holdingkonzeption, mittels der nach der möglichst schnellen Fusion ein ebenso schneller Teilverkauf der Versorgungssparte vorgenommen werden kann. Auf diese Weise könnten strategische Preise erzielt werden, im Klartext: statt Fusion ging es inzwischen um Fusion plus Teilverkauf.

Wir zogen die Notbremse und lehnten in einem Ratsantrag im September 1998 die Beteiligung an dem neuen Gutachten ab. CDU und FDP zogen mit, und die SPD stand im Regen. Der Aufsichtsrat der Solinger Stadtwerke GmbH schloß sich der Mehrheit an, die Stadwerke-Geschäftsführer mußten das Scheitern ihrer Strategie eingestehen, und die ArbeitnehmerInnen legten erstmals ein auf die Stadt Solingen zugeschnittenes Holding-Modell vor. Die Stimmung war dermaßen gewechselt, daß die Fusionsbefürworter binnen Tagen hoffnungslos in der Minderheit waren.

Fusion vorläufig gestoppt

Die vorläufige Ablehnung einer Fusion der bergischen Stadtwerke durch die Politik in Solingen und das Setzen auf die Eigenständigkeit der eigenen Stadtwerke ist lediglich ein Etappenerfolg. Der Teilverkauf der Stadtwerke - von CDU und FDP angestrebt, und von der SPD nicht mehr ausgeschlossen - hängt weiter wie ein Damoklesschwert über den Beteiligten, obwohl er, wie schon mehrfach dargelegt, nicht die finanziellen Erwartungen ihrer BefürworterInnen erfüllt. Die letztlich eindeutige Ablehnung der Fusion der bergischen

Stadtwerke ist m. E. trotz aller verqueren Interessenlagen ein Zeichen dafür, daß eigene Stadtwerke immer noch zu den Grundlagen der Daseinsvorsorge für ihre BürgerInnen gezählt werden. Entfällt diese Grundlage, so geht ein weiterer wichtiger Baustein der grundgesetzlich garantierten Selbstverwaltung der Gemeinden verloren. Stadtwerke sind eben kein Tafelsilber, sondern Kochgeschirr, was täglich genutzt werden sollte. Zur Daseinsvorsorge gehört ebenso der Klimaschutz, und deshalb sollte man sich sehr genau überlegen, ob man Stadtwerke (teilweise) verkauft oder sie in einem nicht mehr beeinflussbaren Regionalunternehmen aufgehen läßt.

Zur Zukunft der Stadtwerke

An uns wird es liegen, den im Prozeß der Fusionsüberlegungen entwickelten Alternativen zum Durchbruch zu verhelfen und auf ihre Machbarkeit überprüfen zu lassen. Kooperationsbedarf und -interesse ist weit über die Nachbarstädte hinaus vorhanden. Die sicherlich bislang nur in Ansätzen erfolgreiche Politik der Rekommunalisierung der Energieversorgung sollte nicht vorschnell dem Charme anscheinend liberalisierter Märkte geopfert werden.

Das Zusatzgutachten des Wuppertaler Klimainstituts für die Wuppertaler Stadtwerke bietet eine Fülle interessanter Vorschläge, in welche Richtung Handlungsfelder für Stadtwerke und "öko-effiziente Dienstleistungen" entwickelt werden können. Gerade weil im Energiebereich ein dringender Handlungsbedarf besteht, sollte die Zeit nicht mit kompli-

zierten, kostspieligen und sich hinziehenden Fusionsabenteuern vertan werden, sondern rasch ein handlungsfähiges und innovatives Energiedienstleistungsunternehmen mit einer überzeugenden neuen Produktpalette unter Verstärkung von Kundennähe und -bindung (weiter) aufgebaut werden.

Der Soziologe und Philosoph Oskar Negt hat in wenigen Sätzen die Tiefenstrukturen dieses auf allen politischen Ebenen ablaufenden und in der Kommune erfahrbaren Prozesses bloßgelegt, durch den die kommunale Selbstverwaltung zu einer virtuellen Realität wird: "In einer Zeit des Privatisierungswahns, der bis tief in die sozial-demokratische Partei eingedrungen ist (und vermutlich kaum weniger tief in die grüne Partei, M.Krause), zehrt das, was wir Gesellschaft nennen, aus. Aber Gesellschaft ist nicht die bloße Summe von einzelnen, von Individuen, wie sehr sie sich auch ihrer Freiheitsspielräume erfreuen mögen. Irgendwann zerbricht der Zusammenhalt des Ganzen, und wir sind erschrocken darüber, welche politischen Kräfte sich dran machen, das zerfaserte gesellschaftliche Material als Rohstoff zu verwerten. Politik muß auf die Ökonomie des Ganzen gerichtet sein, muß die Gesellschaft als öffentlichen Bewegungsraum der Individuen genauso sorgfältig behandeln wie die Würde der Gesellschaft als öffentlichen Bewegungsraum der Individuen genauso sorgfältig behandeln wie die Würde des einzelnen. Es gibt so etwas wie die Würde der Gesellschaft, und wer das Gemeinwesen beschädigt, beschädigt am Ende sich selbst."

Nachtrag: Inzwischen scheint die Fusion der bergischen Stadtwerke endgültig gestorben. Die letzten Ergebnisse des Anderson-Gutachtens überzeugen vor allem nicht die beteiligten kleineren Städte Remscheid und Velbert, sich in die Stadtwerke Wuppertal eingemeinden zu lassen. Der erste Geschäftsführer der Solinger Stadtwerke GmbH entging nur knapp einem Abwahlverfahren, da er die Politik über eine Gutachtenvergabe getäuscht und knapp 300 000 DM ohne erkennbare Gegenleistung dafür ausgegeben hatte. Nachdem die letzten beiden Jahre im Zeichen einer unsinnigen Fusionsdebatte standen, sollte nun endlich der Blick freigemacht werden für einen ökologisch bewußten Energie-, ÖPNV- und Wasserdienstleister - zumal sich entgegen den Voraussagen des Wibera-Gutachtens trotz Liberalisierung der Märkte die ökonomische Situation der Solinger Stadtwerke in einer Weise weiter gebessert hat, daß mit einer erhöhten Konzessionsabgabe der städtische Haushalt vor dem Zusammenbruch bewahrt werden kann. Wären die Stadtwerke verkauft worden, gäbe es diese lukrative jährlich neue Finanzquelle nicht mehr in diesem Umfang.

Manfred Krause

ist Fraktionssprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen in Solingen und Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke Solingen GmbH. Dies ist eine gekürzte Fassung des Artikels, der zuerst in der Fachzeitschrift AKP (Alternative Kommunalpolitik) erschien mit einem aktuellen Nachtrag.

Naturkost: Eine runde Sache

Lebensmittel aus ökologischem Landbau
in großer Auswahl und Vielfalt.

Sie unterstützen mit Ihrem
Einkauf den Naturschutz

Ihr Naturkost-Fachgeschäft



Naturwaren

Flausch & Flocken

Germüte von Müller
Heukämpchenstraße 4
42719 Solingen-Wald
☎ 31 62 94

Solingen und die Kultur

- oder die Provinz und ihre Träume

Die Cobra, ein soziokulturelles Kommunikationszentrum oder nur Wunschdenken? Wir wollen in dieser und den nächsten 2 Ausgaben der facheles darüber berichten, wie alles anfing, welche Ideen für ein Kommunikationszentrum existierten, welche Hürden bis zur Verwirklichung zu nehmen waren und was von den Vorstellungen heute übriggeblieben ist.

Es war einmal... so beginnen alle Märchen und auch dieses Märchen fängt so an. Es begann in der "Liederkiste" auf der Cronenberger Straße Mitte der 80er Jahre. Hier trafen sich einst Menschen zum – wie der Name schon sagt – musizieren, Tee oder Bierchen trinken, gemütlichen Zusammensitzen wie in vielen anderen Solinger Kneipen auch. Hier trafen sich allerdings einst auch solche, die es sich in den Kopf gesetzt hatten, den Solingern ein attraktives alternatives Kulturangebot in einem soziokulturellen Kommunikationszentrum zu bieten.

Die Vorgeschichte

Die Idee war nicht neu. Bereits 1977 erarbeitete die Werbeagentur "von Mannstein", die heute bundesweit die Wahlkampagnen der CDU entwirft, für das Presse- und Werbeamt der Stadt Solingen erste Vorstellungen zur Realisierung eines Kommunikationszentrums, welches den Arbeitstitel "Schmiede" hatte. Im Februar 78 trafen sich dann erstmalig öffentlich Kulturschaffende und der Kulturdezernent Dieter Siebenborn als Vorsitzender einer Projektgruppe der Verwaltung für dieses Unternehmen zwecks Gedankenaustausch. Damals wurde von seiten der Stadt betont, daß ein großer Bedarf an einem nach allen Seiten offenen Kommunikationszentrum bestehe, ähnlich z.B. der "Börse" in Wuppertal. Zur Realisierung dieses Projektes wurde daraufhin auf Betreiben verschiedener Bürger ein "Förderkreis Kommunikationszentrum" gegründet. Der Zweck war, die Begegnung von Menschen aller Berufsgruppen, aller Altersgruppen und sozialen Schichten zu ermöglichen, Kritikfähigkeit, Initiative und kreative

Betätigung anzuregen, soziales Verhalten zu fördern und Selbstbestimmung zu erreichen. Wie stand die Politik zu dieser Idee?

Im politischen Raum herrschte ungewohnte Einigkeit: alle 3 im Rat vertretenen Parteien (CDU, SPD, FDP) erkannten die Notwendigkeit einer Begegnungsstätte. Einzig die Junge Union – im Grundsatz zwar für ein Kommunikationszentrum – äußerte Bedenken gegen eine Selbstverwaltung aus Angst "vor linken Kräften". Dabei führte sie das selbstverwaltete Kommunikationszentrum "KOMM" in Nürnberg als Schreckgespenst vor. Die JU hatte Angst, daß durch linke Kräfte "ältere verschreckt und unpolitische Jugendliche nicht mehr angesprochen" würden. Als Lösung schlug sie hier eine engagierte Mitwirkung von vielen Gruppen, Vereinen und Privatpersonen

einer Besetzung derselben kam. In der Solinger Presse wurde daraufhin die Idee für ein Kulturzentrum kräftig verrissen. Im Dezember 1982 löst sich der Trägerverein Kultur- und Kommunikationszentrum auf.

Der Verein "Die Provinz lebt! e.V." wird gegründet

Trotz Auflösung des Vereins gingen die Bestrebungen zur Einrichtung eines Kommunikationszentrums weiter. Neu belebt wurde die Diskussion 1984 mit dem Vorschlag eines neuen Standortes: dem leerstehenden Kino "Roxy" gegenüber dem Stadttheater. Dies führt uns wieder zum Anfang unserer Geschichte: der Gründung des Vereins "Die Provinz lebt! e.V." im Februar 1985 in der Liederkiste.

Die Situation hatte sich in Solingen zu dieser Zeit grundlegend geändert. Zwar hatten viele der neuen Mitglieder bereits bei den früheren Bestrebungen mitgewirkt und entsprechend einschlägige Erfahrung, doch der politische Wind hatte sich gedreht. Die vormals bestehende Einigkeit der 3 Ratsparteien existierte aufgrund der Finanzmisere nicht mehr. Solingen hatte es inzwischen zu einen traurigen Rekord gebracht: 1986 war Solingen die meistverschuldete Kommune unter den 23 kreisfreien Städten in NRW. In den 5 Jahren zwischen 1979 und 1984, in denen der Schuldenberg um satte 41,5% gewachsen war, hatten CDU und FDP in Solingen das Sagen. Damals war viel Geld in die Wirtschaftsförderung und in rentierliche Objekte, wie Kanalbau als Grundlage für weitere Stadtentwicklung und Straßenbau gesteckt worden.

Trotzdem ließ der Verein nicht von seinem Vorhaben ab, den Traum von einem Kommunikationszentrum zu verwirklichen. Zu den ca. 50 Gründungsmitgliedern gehörten Kabarettisten, politische Gruppierungen, kulturfördernde Vereine, Film- u. Theatergruppen und Einzelpersonen. Bei der Gründung wurde ein umfangreiches Arbeitsfeld abgesteckt: Schaffung einer soziokulturellen Begegnungsstätte und eines Kulturbüros zur organisatorischen und materiellen Unterstützung von Kulturschaffenden. Außerdem sollte die stadtteilbezogene Kultur gefördert und reaktiviert werden. Das Roxy-Projekt mußte jedoch begraben werden, weil der Besitzer eine schnelle Entscheidung forderte, die in so kurzer Frist nicht möglich war.



vor, wobei die Stadt durch finanzielle Zuschüsse ein breites Programm ermöglichen mußte.

Der dezentrale Charakter der Stadt Solingen ohne kulturellen, natürlichen Mittelpunkt erschwerte die Suche nach einem geeigneten Gebäude jedoch sehr. Es wurden in der Folgezeit mehrere Standortvorschläge in den verschiedenen Stadtteilen gemacht, doch keiner führte zu dem gewünschten Ergebnis. Im Dezember 1980 stellte daraufhin eine Gruppe von Vereinsmitgliedern einen Vereinsauflösungsantrag, da sie in den Bestrebungen zur Einrichtung eines Kommunikationszentrums in Solingen keine Zukunftsperspektive mehr sah. Hinzu kam ein Vorfall in der "Börse", die bislang als Vorzeigeobjekt fungiert hatte. Dort war im Sommer 1981 die Situation eskaliert, als eine Veranstaltung der "Autonomen" unter Druck der Parteien nicht genehmigt worden war und es nachfolgend zu



 **Das ehemalige Stadtwerkegebäude auf der Gasstraße**

Bereits kurz nach der Gründung des neuen Vereins ergab sich eine neue Standortmöglichkeit. Die Verwaltung beabsichtigte das auf der Gasstraße befindliche ehemalige Stadtwerkegebäude abzureißen, doch nach Besichtigung dieses Gebäudes durch Vertreter von SPD, Grünen und dem Verein zeigte sich das Gebäude in unerwartet gutem Zustand und für die Nutzung als Kommunikationszentrum geradezu ideal. Mit Volldampf stürzten sich die Aktiven des Vereins in die Arbeit. Zweierlei mußte auf die Beine gestellt werden: 1. ein Nutzungskonzept für das Gebäude auf der Gasstraße und 2. ein vielfältiges kulturelles Angebot, um in der Öffentlichkeit für den Verein und dessen Ziele zu werben.

Das erste größere Kulturspektakel fand bereits 4 Monate nach der Gründung auf dem Beckmann-Brauerei-Gelände an der Schützenstraße statt, an dem mehr als 20 Gruppen, Initiativen und Künstler, von Theater u. Kabarett über Rock, Folk, Kurz- und Experimentalfilmen bis zu Infoständen ein breit gefächertes Programm auf die Beine stellten. Wie so oft in Solingen, blieb der "Normalbürger", dem die Arbeit der Gruppen nahegebracht werden sollte, dieser Veranstaltung allerdings weitgehend fern.

Davon nicht abgeschreckt stellten ehrenamtlich arbeitende Mitglieder in der Folgezeit ca. 50 Veranstaltungen pro Jahr auf die Beine plus Angebote in Zusammenarbeit mit VHS und Initiative Rockprojekt, wobei für jeden Geschmack etwas dabei war. Das bevorzugte Ziel war hierbei, "nicht etablierte" Kultur anzubieten.

Bereits im Juli stellte der Verein sein Nutzungskonzept für das Gebäude Gasstraße vor. Gruppen wie der Verein Solinger Künstler, Filmwerkstatt der VHS, Funzel/Drogenberatung anonym, etliche Rockgruppen, Arbeitslosenwerkstatt der AWO, die "Falken", Theater-, Kabarett- u. Pantomimengruppen und etliche Künstler meldeten Bedarf an. So sah das Nutzungskonzept neben einem Veranstaltungssaal, Cafés, einer Filmwerkstatt, Ateliers, Gruppenräume, Fotolabor, Kino, Proberäume, Fahrradwerkstatt, Druckerei, Lager und Galerie auch Gästezimmer, einer Wohnung für ZDLs und eine Hausmeisterwohnung vor. Ein großer Teil der Renovierungsarbeiten sollte durch Eigenleistung erbracht werden. Weiterhin konnte mit 80% Landesmitteln aus dem Topf "Förderung für Bürgerhäuser" gerechnet werden. Der Verein erarbeitete in der Folge einen detaillierten Kostenplan, doch das Projekt starb 1987 nach schier endloser Diskussion mit den Ratsparteien trotz Vorstellung einer abgespeckten Version an den Folgekosten.

Der Traum war erst einmal ausgeträumt, doch im Märchen wird immer alles gut.... Wie's weiterging erfahrt ihr in der nächsten Ausgabe der tacheles. **Andrea**

Was wird aus dem Solinger Kommunalen Kino?

Was ist überhaupt ein Kommunales Kino? Sind Kinos denn nicht Gewerbebetriebe? Wieso denn kommunal?

Diese Fragen stellt sich wahrscheinlich der eine Leser oder die andere Leserin. Da in Solingen eine solche Einrichtung derzeit fehlt, soll hier zuerst einmal eine Definition gegeben werden.

Es gibt verschiedene Organisationsmodelle für ein Kommunales Kino:

1. als städtisches Amt
2. an der VHS
3. als eingetragener Verein
4. im soziokulturellen Zentrum
5. mit einem gewerblichen Kino

Sieht man von einigen frühen Vorläufern ab, so begann sich die Idee des Kommunalen Kinos erst zu Beginn der 70er Jahre durchzusetzen. Das am 3.12.1971 eröffnete Frankfurter Kommunale Kino wurde zu einer Art Musterkino für die anderen derartigen Einrichtungen. Heute sind mehr als 160 Kommunale Kinos im Bundesverband der Kommunalen Kinos zusammengeschlossen. Nur wenige davon haben allerdings eine so exzellente Ausstattung wie das Frankfurter.

Die kulturelle Bedeutung der Kommunalen Kinos liegt darin, daß sie Filme zeigen, die in den kommerziellen Kinos (wozu auch Programmkinos zählen) nicht zu sehen sind. Dazu zählen kleinere Produktionen, die sonst keine Chance hätten, gezeigt zu werden, und natürlich Repertoire-Filme.

Eine erhebliche Bezuschussung einer solchen Einrichtung wäre vielleicht wünschenswert, ist aber nicht erforderlich (und heutzutage auch kaum mehr möglich). Es gibt genügend Beispiele, wie sich eine solche Einrichtung nahezu selbst tragen kann, wenn z. B. die Stadt einen geeigneten Raum zur Verfügung stellt.

Da häufig auf Archivkopien zurückgegriffen werden muß, wird eine besondere Technik benötigt. Es muß nämlich, so wie das früher in allen Kinos üblich war, Akt für Akt (Kinofilme bestehen meist aus 4 bis 7 Akten) überblendet werden, da die Filmarchive das Anbringen von Klebestellen in der Regel untersagen. Gleichzeitig erlaubt die Überblendetechnik bei richtigem Personaleinsatz einen wirtschaftlicheren Betrieb von nur einer Leinwand. Soll das Repertoireprogramm nicht erst mit der Tonfilmära beginnen, benötigt man weitere Spezialtechnik, um Stummfilme im richtigen

Format und mit der richtigen Geschwindigkeit zeigen zu können. Weitere technische Besonderheiten, auf die hier im Einzelnen nicht eingegangen werden kann, werden benötigt, um alle in Frage kommenden Filme zeigen zu können.

Die Schaffung eines soziokulturellen Zentrums in Solingen (COBRA) vor einigen Jahren bot die einmalige Chance, mit Landesmitteln dort eine dementsprechende Kinoausstattung vorzusehen, was dann auch geschehen ist. Ausstattungsmäßig konnte sich das dort integrierte Kino dann zur Elite der Kommunalen Kinos zählen! Faktisch wurde dieses dann auch mehr als 3 Jahre lang als Kommunales Kino betrieben, wenn auch dieser Qualitätsbegriff nicht besonders herausgestellt wurde. Da nur sehr geringe finanzielle Mittel zur Verfügung standen, waren manche Klimzüge erforderlich, um dennoch eine hohe Programmqualität zu erreichen. Jedenfalls war das Preis-Leistungsverhältnis sehr gut. Nur die Werbung ließ in ihrem Umfang etwas zu wünschen übrig. Aus wenig nachvollziehbaren Gründen stellte dieses hochmodern ausgestattete Kommunale Kino dann am 1.1.98 den Betrieb ein.

Erst seit November 98 werden dort durch Honorarkräfte wieder an einzelnen Tagen Filme eines kommerziell orientierten Programms gezeigt. Die wertvolle technische Ausstattung, die ja für einen kommerziellen Spielbetrieb nicht konzipiert wurde, liegt größtenteils brach, wie man hört. Ansonsten wird der Kinosaal (65 Plätze) häufiger für kinofremde Zwecke benutzt, da Gerüchten zufolge der Betreiber des Hauses anscheinend zunehmende Schwierigkeiten hat, bei seinen Veranstaltungen die große Halle zu füllen.

Daß dieser Zustand höchst unbefriedigend ist, liegt auf der Hand. Es wäre an der Zeit, daß hier endlich etwas Positives geschieht.

Peter Frame



Garten

Thomas Wendt
Odentaler Weg 225
42659 Solingen

Pflege und Gestaltung

Telefon
81 73 73

LeserInnenbriefe

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bei einem Urlaub in Israel lernte ich etliche Menschen, die aus Deutschland und Österreich stammten, kennen. Als diese hörten, daß ich aus Deutschland komme, zeigten sie mir großes Interesse an Deutschland, in dem sie mir Fragen über die Entwicklung Deutschlands stellten und mir über ihr Leben hier auch über die Zeit vor Hitler erzählten. Mir fiel auch auf, daß sich einige von ihnen untereinander auf deutsch unterhielten.

Ich habe nicht gefragt, ob diese Leute die Doppelte Staatsbürgerschaft haben. Aber egal, ob Doppelte Staatsbürgerschaft oder nicht – und egal, aus welchem Grund man sein Land verlassen hat – es bleibt immer noch eine gewisse Bindung da. Das trifft auch auf unsere aus dem Ausland stammenden Mitbürger zu und das kann auch kein Gesetz und keine Unterschriftensammlung verhindern. Trotzdem werden Menschen ausländischer Herkunft, die sich entschließen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen, sich auch als Deutsche fühlen.

Die Unterschriftensammlung der christlich demokratischen Partei und Union gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft ist nur eine Form von Ausländerfeindlichkeit (denn man möchte unter sich bleiben) und gehört in den Papierkorb. Ehrlicher wäre es doch, wenn einige Spitzenpolitiker der christlichen Parteien gleich sagen würden, daß sie Ausländer am liebsten rausschmeißen würden, insbesondere solche, die eine andere als die christliche Religion haben, anstatt heuchlerisch von "Integration" zu faseln. Und dem islamischen Fundamentalismus, der mir allerdings auch etwas Angst macht, muß man auch anders begegnen können.

Mit freundlichem Gruß
Hannelore Dauben

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000, Erscheinungsrhythmus alle drei Monate

Kontakt und Zuschriften:

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen, Fax: 0212 / 1 71 98

e-mail: tachelesSG@wtal.de

Internet: <http://tacheles-solingen.wtal.de>

Druck: Neuer Weg, Verlag und Druck
Kaninenberghöhe 2, 45136 Essen

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft, Konto: 2 415 456 300,
BLZ 330 101 11, Kontoinh.: F. Prinz

Gentechnik auf dem Vormarsch!!

Immer häufiger und nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit finden sich gentechnisch veränderte Bestandteile in unseren Lebensmitteln. Zwar gibt es seit 1. September '98 eine EU-Kennzeichnungspflicht für Soja- und Maislebensmittel, in denen manipulierte Gene oder veränderte Eiweiße nachgewiesen werden können. Doch der einzige Hinweis auf der Verpackung besteht aus einer kleinen Fußnote in der Zutatenliste "aus genetisch verändertem Mais hergestellt", für die VerbraucherInnen kaum zu erkennen. In folgenden Lebensmitteln wurden bisher Gen-substanzen gefunden:

Produkt	Hersteller
Butterfinger	Nestlé
Lactopriv Säuglingsnahrung!!	Töpfer
Soja Pfanne Gyros Art	Frosta Tiefkühlkost
Spinat Burger Soja-Fix	Ottens Feinkostvertriebsgesellschaft
St. Michael Fertig und Dosengerichte	Marks und Spencer

Wer mehr Infos oder die aktuelle Gen-Hitliste haben möchte, findet diese im Internet unter <http://www.greenpeace.de/einkaufsnetz>

Ernie

BUCHHANDLUNG

STEFAN DECKEN
RAINER FRANCKE



Walder Kirchplatz 36
42719 Solingen-Wald
Telefon 0212/318319
Telefax: 0212/310627

Internet: <http://www.buchkatalog.de>

Bürgerfunk

Bürgerfunk - Radio von und für Menschen aus Solingen und Remscheid - ist täglich über die Wellen des Lokalsenders „Radio RSG“ von 19.04 Uhr bis 20.00 Uhr und am Wochenende von 18.04 Uhr bis 20.00 Uhr zu empfangen.

Wer selber im Bürgerfunk Sendungen oder Beiträge machen möchte, kann dies unter anderem im Bürgerfunkstudio der VHS Solingen: Ansprechpartner ist Helgo Ollmann, Tel. 208458.

Bürgerfunkprogramm für März 99

Jeden 1. Dienstag im Monat um 19.04h: Radiostammtisch!

DO 04.03. Radio Kraftstation. Donnerzeit

SA 06.03. 19.04 Uhr: Rückblende. Der Geschichtsrückblick aus dem Studio des Krankenhausfunks

SO 07.03. 19.04 Uhr: Full House. Das evangelische Jugendmagazin. Heute zu Gast: Die „POWERKIDS“ aus der Gemeinde Dorp.

MO 08.03. Sportrekord

DI 09.03. Radio Klingenstadt gibt „Rauchzeichen“

MI 10.03. MONEY, MONEY

Das Verbrauchermagazin aus dem Gewerkschaftsstudio

DO 11.03. Radio Kraftstation

FR 12.03. Doppelkopf

SA 13.03. 19.04 Uhr: Sendung der Aidshilfe

MO 15.03. Stechuhr.

Gewerkschaftsmagazin

DI 16.03. Soultrips

MI 17.03. Radio Kraftstation.

Dark Awakening

DO 18.03. Radio Kraftstation.

Freak-Out-Show

FR 19.03. Radio Klingenstadt

Frido Schneiders Lokalmagazin

SA 20.03. 18.04 Uhr: MixnMojo

Rock aus dem Gewerkschaftsstudio

19.04 Uhr: Rückblende Musikspezial

SO 21.03. Bergischer Mundartstammtisch Schloß Burg

DI 22.03. Kreuzblende

Sendung des Katholischen Bildungswerks

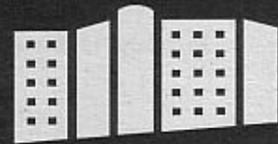
DO 25.03. Radio Kraftstation

Subotnix

FR 26.03. Radio 8

SA 27.03. 18.04 Uhr: Radio Kraftstation
19.04 Uhr: De Hanggeschmedden
Solinger Mundartsendung

MO 29.03. Radio Grüne Welle -
Sendung der Kreisjägerschaft



GETAWAY!

in der alten Beckmann Brauerei Ohligs

SCENIC VIEW mit:
SLUT & BIJOLA Montag 1.3

SOLINGER TAGEBLATT präsentiert:
maceo Parker Montag 8.3

Tribute to **JIMI HENDRIX**
RANDY HANSEN Dienstag 9.3

MIDLIFE-CRISIS? Sonntag 13.3
Die Party für alle Junggebliebenen um die 30

VISIONS Montag 15.3
LIQUIDO

STEFAN JÜRGENS Montag 22.3
"TV to DIE"

HOSSA PARTY Sonntag 3.4
Die etwas andere Schlagerparty

FAT EGG FESTIVAL
GOOD RIDDANCE Montag 5.4
SKIN OF TEARS
88 FINGERS LOUIE

PADDY GOES TO HOLYHEAD Samstag 17.4

GAMMA RAY Montag 3.5

JEDE WOCHE

Mi	300 MINUTES Früh- / Mittags- / Nachmittags- / Abend- / Spätclub
Do	DIE WILDE 13 MUSIK AUS DEN 1950ER JAHREN
Fr	SCHWEIB-NAB Hip-Hop / Dance / Funk / Soul / Disco
Sa	NIGHTSHIFT Pop / Wave / Soul / Funk / Disco
So	GROOVE INVASION Add-Jazz / Hip-Hop / Funk / Soul / Disco
S: 27.3	HERZ BEI HAUFISCH Die Coolste Party

Kottendorferstr. 21
42697 Solingen
Info: 0212-71545

Musik und Tanz

05.3. „Ruf-Nightz“, Trip-Hip-Hop
Tanztreff am Ende der Milchstraße,
19.30h, Sojus 7/Monheim, Eintritt frei!

05.3. Embryo, 22h, Die Börse,
Wuppertal

06.3. bijola, JZ Langenfeld

06.3. Salsa Disco, 21h HdJ Barmen

09.3. Sham 69, Punkrock, 21h, Zakk
Düsseldorf

09.3. Sick of it all, 20h, Live Music
Hail Köln

10.3. Ross Kennedy & Gavin
Pennycook, Scottish Music, 20.30h,
Der Club Heiligenhaus

12.3. Hammerhead / radioactive toys,
Hardcore, 20h, AK 47 Düsseldorf

13.3. Caribbean night, 19.30h, Sojus 7,
Eintritt frei!

14.3. The old rectangle, Irish Folk,
20.30h, Steinenhaus

15.3. Cake, 20h, Live Music Hall

16.3. blue tip/ Farewell bend / N.R.A.,
19.30h, Sojus 7

17.3. US Bombs, Punkrock, 21h,
Börse

17.3. Kent DuChaine, Solinger Blues
Tage, 20h, Steinenhaus

18.3. Inkubus Sukkubus / screaming
dead, 19.30h, LCB / HdJ Barmen

19.3. Phonebone / Rausch, 20h,
Cobra

19.3. Planet groove, 19.30h, Sojus 7,

Eintritt frei!

20.3. John Crampton, Solinger Blues
Tage, 20h, Steinenhaus

20.3. Hubert Dingenskirchen, Delta
Blues & Comedy, 20.30h, Kattwinkel-
sche Fabrik, W'kirchen,

20.3. 11. Rockförderpreis der Stadt
Wuppertal, 18h, HdJ Barmen

20.3. Dritte Wahl / Untergangskom-
mando / Fiat Fred and the brains /
Sons of Gastarbeiters, Antifa-
Benefiz, 19h, Zeche Carl Essen

21.3. the Cato Salsa experience / 69
cunts, 20h, Kotten SG

23.3. Brasil Brasil, Livemusik,
Tanzshow und exotische Küche, 20h,
Cobra

26.3. Seventies-Dance party, 21h,
megaphon, Burscheid

26.3. carpe noctem, party, 22h, LCB
Barmen

27.3. Bal Folk mit Sans Toupet, 20h,
Kattwinkelsche F.

28.3. at the drive-inn / free yourself,
Sojus 7, 19.30h

29.3. Creed, Prime club Köln, 21h

31.3. Superfan / Monochords,
Hardcore, 20h, Ak47

06.4. Scenic View: soccer / Eisen,
Getaway

18.4. loophole / lockjaw, Kotten

Termine

05.3. Pappenheim Peepshow, Polit-
Kabarett, 20.30h, HdJ Barmen

07.3. Fürsten zum Land hinaus,
Matinee mit J. Wiegandt + Uli. Klan,
11h, HdJ Barmen

15.3. JHV Trägerverein Biologische
Station Solingen, 19h, Vogelsang 2

19.3. Mannes Meckenstock,
Kabarett, 20h, Kattwinkelsche F.

20.3. Katt kreativ, Markt für Hobby,
Handwerk, Kunst und Ideen, 11-18h,
Kattwinkelsche F.

20.3. „Wird immer wieder gern
genommen“, M.J.P. Dudek, Kabarett,
20h, Sojus 7

22.3. Platz für Wildbienen, Diavort-
trag der Naturschutzverbände
AKFSG, BUND, NABU, RBN, 19h, Bio-
Station Mittlere Wupper, Vogelsang 2

24.3. Konrad Beikircher, Kabarett,
20h, Kattwinkelsche F.

25.3. MachBasar, offenes Forum für
Kommunalpolitik, 20h, Sojus 7

28.3./18.4. Vogelstimmenexkursion,
Ohligser Heide/Bielsteiner Kotten, 6-
8.30h, Anmeldung erforderlich!, Bio-
Station, Tel.: 2542727

10.4. Fördervereinsitzung Intern.
Frauencafé e.V. 10.30h, Café Courage

Kids + Teens

06.3. Kindersachentrödelmarkt,
Kleidung, Spielzeug, Literatur,
10-14Uhr, HdJ Barmen.

07.3. Kindersachenbörse, 11h,
Kattwinkelsche Fabrik, W'kirchen

Agenda-Detektive

09.3. Wendo-Selbstverteidigung für
Mädchen, 15-18h, HdJ Dorper Str.

13.3. Solare Kochkiste, Kochen ohne
Strom, Initiative „Windkraft für Perle“,
10-12h, HdJ Dorper Str.

17.3. Ein T-Shirt auf Weltreise,
15-17h, HDJ Dorper Str.

24.3. Vom Schaaf zur wärmenden
Kleidung, 15-17h, Familienbildungs-
stätte, Neuenhoferstr. 39

**Schultheaterwoche Wuppertal
(HdJ Barmen):**

16.3. Mozart: Die Zauberflöte, 11h

17.3. Molière: Der Geizhals, 20h

18.3. Aristophanes: Lysistrata, 20h

17.3. Die kleine Hexe mit den
knallgrünen Haaren, Puppentheater
Kuklamu, 15h, Kattwinkelsche F.

21.3. Prinzessin Bammel, Kinder-
theater, 15h, HdJ Barmen

25.3. Die kleine Hexe mit den
knallgrünen Haaren, Puppentheater
Kuklamu, 10h, HdJ Barmen

31.3. Im Scherenzoo, Ferienspaß für
6-10jährige, 14-17h, Industriemuse-
um Merscheiderstr.

Kino

VHS-Filmstudio, Di. 20Uhr Residenz
So. 17.30 Cobra

9.3. Das Leben ist schön

16.3. Die Truman Show

23.3. Der Soldat James Ryan

30.3. Liebe Deine Nächste

Gruppeninfos

AG Weiße Rose: Treff jeden Di
18Uhr im Pavillon der Geschwister-
Scholl-Schule, Querstr. 42

amnesty international: Treff jeden
ersten Mi 20Uhr, Kontakt unter 41578

Antifa Bergisches Rheinland:
c/o Infoladen, Postfach 10 09 31,
42609 Solingen

Bürgeraktion Contra Westtangente:
Treff jeden ersten Di. 19.30 Uhr im
Gemeindezentrum der Lutherkirche,
Kontakt unter Tel. 17 8 45

Café Courage: Klemens-Horn-Str. 3,
Mo 15-18 Uhr, Di 10.30-15.00 Uhr,
Mi-Fr 10.30-18.00 Uhr (Frauen),
Sa 11-15 Uhr (Familien)
Tel.: 27 36 35, Fax: 1 71 98

Café International: Treff jeden 1. Frei-
tag im Monat, 19 Uhr, Wupperstr. 120

Den Krieg überleben:
Kontakt: H.Reckwerth, Am Eckbusch
39/85, Wuppertal, Tel.: 72 25 23

**Frauengruppe International im
Frauenverband Courage:**
Treff 14täglig im Café Courage,
Tel.: 273635

Frauenhaus: Telefon: 5 45 00

Frauen helfen Frauen:
Albrechtstr. 12, Tel.: 5 54 70

Graue Panther:
Eiland 17, 42651 Solingen

Lesbentelefon:
Mo. 20-22 Uhr, Tel.: 0202 / 44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt:
Kontakt: Ursel Uilmann, Tel.: 8 05 23

**RBN, Bergischer Naturschutzver-
ein:** Treff jeden ersten Mo. 19.30 Uhr
in der Biolog. Station, Vogelsang 2,
Kontakt: Fernand Willig, Tel. & Fax:
32 96 42, e-mail: RBN@wtal.de,
Internet: www.solingen-natur.de/rbn

Schwuler Stammtisch: Jeden Di. 20
Uhr im Cobra, Merscheider Str. 77-79

SJD-Die Falken: Richard-Wagner-
Str. 96, Tel.: 58 61 87

Solinger Appell: Kontakt: tacheles,
c/o Café Courage, Klemens-Horn Str.
3, 42655 Solingen

Solinger Arbeitslosenzentrum

SALZ: Forststr. 38, 42697 Solingen,
Tel.: 7 10 41

SOS-Rassismus:
Tel.: 20 10 00, Fax: 20 51 37

**Solinger Koordinationstreff gegen
Arbeitslosigkeit:** infotel.: 710-41/42
tacheles: c/o Café Courage, Klemens-
Horn-Str. 3, 42655 SG, Fax 17198, In-
ternet: www.tacheles-solingen.wtal.de

Tauschring: Kontakt: SALZ,
Tel.: 71041/42, Treff am 14. 12,
19.30 Uhr, Gemeindehaus der ev.
Kirche Wittenbergstr. 4.

Türkischer Volksverein:
Van-Meenen-Str. 1, Tel.: 20 48 45,
Mi: Saz-Kurs 19.00-21.00 Uhr,
Do. Kinderfolklore 18.30 Uhr,
Fr. 18.00 Uhr Familientreff, Sa., So:
Café und Vorträge im Intertreff

VVN-Bund der Antifaschisten:
Kontakt: Tel.: 2 24 44 44

Diskotheek - Kneipe - Livemusik
Kottendorferstr. 21 - 42697 Solingen
Telefon: 0212 - 71545
VVK: alle bekannten Vorverkaufsstellen